

Standpunkte

Zeitschrift der Studienvertretung Volkswirtschaft an der WU



Der Turm stürzt ein! **Schwerpunkt: Finanz- und Wirtschaftskrise**



4-21 SCHWERPUNKT FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE

Mit einem Gastartikel von Engelbert Stockhammer und Beiträgen von Einkommensverteilung, Geschlechterverhältnissen bis zu Geldpolitik

24 BUCHREZENSIONEN

zu „Maniacs, Panics, and Crashes. A History of financial Crises“, „The Study of Africa“ und „Capitalism Unleashed“

26 WER UNTERRICHTET DICH?

Interview mit Luise Gubitzer, a.o. Professorin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie

inhalt editorial

DIE STV BERICHTET

Verteilung und Demokratie

Veranstaltungsbericht

Von Philipp Piber

SCHWERPUNKT

Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes

Gastartikel

Von Engelbert Stockhammer

Nach der Krise ist vor der Krise

Finanzkrise und Einkommensverteilung

Von Karin Fischer

Finanzkrise und Konjunktur

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Konjunktur

Von Petra Sauer

Downloading Risks to the Kitchen

Finanzkrise und Frauen

Von Edith Waltner

Globales Unwetter auch im Süden?

Bedeutung der Finanzkrise für Entwicklungsländer

Von Laura Mader

Geldpolitik in Extremis

Geldpolitik und Krise

Von Ulrich Lengauer und Ronald Heinz

Bauen auf Trümmern

EU und Krisenbekämpfung

Von Bert Azizoglu

Mit Keynes gegen die Krise

Wie wir mit der Krise umgegangen?

Von Johannes Hartlieb

MYTHEN DER THEORIEGESCHICHTE

Ökonomie und Wissen(schaft)

Wissen in der Ökonomie

Von Thomas Jungbauer

BUCHREZENSIONEN

„Manias, Panics, and Crashes“

Von Akos Kaszoni

„The Study of Africa“

Von Koen Smet

„Capitalism Unleashed“

Von Simon Sturn

WER UNTERRICHTET DICH?

TITEL

Interview mit Luise Gubitzer

Von Pascal Hartmann und Laura Mader

VERANSTALTUNGKALENDER

VERÄNDERUNGEN. Vieles hat sich seit der letzten Ausgabe verändert. 3 Der Glaube an die grenzenlosen Fähigkeiten der liberalisierten und deregulierten globalen Finanzmärkte und damit das finanzdominierte Akkumulationsregime ist erschüttert. PolitikerInnen und ÖkonomInnen, die vor einem halben Jahr noch die selbstheilenden Kräfte freier Märkte glorifizierten, haben scheinbar über Nacht ihre Meinungen geändert. Wurde der Staat noch vor wenigen Monaten als Störfaktor beschimpft und für so manches volkswirtschaftliche Unheil (von Arbeitslosigkeit bis Wettbewerbsverzerrungen) verantwortlich gemacht, so ist eine Welt ohne Staatsinterventionen heute kaum vorstellbar. Wer hätte vor einem halben Jahr gedacht, dass George Bush und Nicolas Sarkozy über die Verstaatlichung von Banken nachdenken und dass in Großbritannien, den USA und Deutschland tatsächlich Banken (teil)verstaatlicht werden. Abseits des deutschen, sozialdemokratischen Finanzministers Peer Steinbrück und ein paar weiteren 4 Fossilien scheint kaum mehr jemand an neoliberale Heilslehren zu glauben. Stattdessen wird Keynes, und sogar Marx wieder populär. Abgesehen davon haben fortschrittliche ÖkonomInnen in diesen 8 Zeiten jedoch wenig zu jubeln, denn es ist sehr wahrscheinlich, dass die nächsten Jahre für die Mehrheit der (Welt-)Bevölkerung düster werden. Wie düster sie werden, hängt auch entscheidend von den wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise ab. In Österreich wird uns ein Agrarfachmann, der vor kurzem Finanzminister geworden ist, mit Weitsicht aus der Krise führen.

AKTUELLE AUSGABE. Wenig überraschend beschäftigt sich auch die 12 aktuelle, 5. Ausgabe von Standpunkte mit der Finanzkrise. Dabei wollen wir vor allem einige wichtige Aspekte behandeln, die jedoch in der medialen Debatte weitgehend ausgeklammert werden. Zunächst werden im Gastbeitrag von Engelbert Stockhammer einige Hintergründe zur aktuellen Finanzkrise ausgeführt. Anschließend beschäftigen sich vier Artikel mit den Auswirkungen der Krise: Karin Fischer mit der Veränderung der Einkommensverteilung, Petra Sauer mit den Auswirkungen auf die Konjunktur, Edith Waltner mit geschlechtsspezifischen Folgen und Laura Mader mit den Konsequenzen für Entwicklungsländer. Ulrich Lengauer und Roland Heinz, Bert Azizoglu und Johannes Hartlieb befassen sich schließlich mit wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise. Abseits des Schwerpunkts setzt sich Thomas Jungbauer mit dem Stellenwert von Wissen in der Ökonomie auseinander, anschließend gibt es drei Buchrezensionen und abschließend interviewen Laura Mader und Pascal Hartman a.o. Prof. in Luise Gubitzer im Rahmen der Rubrik „Wer unterrichtet dich?“.

VORIGE AUSGABE. Die vorige Ausgabe beschäftigte sich mit dem Thema Einkommensverteilung. Sie kann unter folgendem Link online gelesen werden: www.vwl-wu.at/content/view/157/50. Wie eng das Thema der aktuellen Ausgabe mit unserer letzten Ausgabe über Einkommensverteilung verbunden ist, verdeutlicht Joseph Stiglitz unlängst in einem Blogbeitrag: „A few years ago, there was worry about the risk of a disorderly unwinding of ‘global imbalances’. The current crisis can be viewed as part of that, but little is being done about the underlying problems that gave rise to these imbalances. We need not just temporary stimuli, but longer-term solutions. It is not as if there was a shortage of needs; it is only that those who might meet those needs have a shortage of funds. First, we need to reverse the worrying trends of growing inequality.“ Abschließend bleibt zu hoffen, dass der Nobelpreisträger von politischen AkteurInnen gehört wird.

Alice Saiko und Klara Zwickl
(Chefinnenredaktion Standpunkte)

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 5 (Jänner 2009)
HERAUSGEBERIN: Studienvertretung VWL WU
CHEFINNENREDAKTION: Alice Saiko, Klara Zwickl | **REDAKTION DIESER AUSGABE:** Bert Azizoglu, Karin Fischer, Johannes Hartlieb, Pascal Hartman, Ronald Heinz, Thomas Jungbauer, Akos Kaszoni, Ulrich Lengauer, Laura Mader, Philipp Piber, Petra Sauer, Koen Smet, Simon Sturn, Edith Waltner | **LAYOUT:** Lena Kothgasser | **FOTOS:** Eigene

Verteilung und Demokratie

Gesellschaftliche Folgen zunehmender sozialer Ungleichheit

Die wachsende soziale Ungleichheit und die steigenden Prekarisierungstendenzen sind zunehmend auch in westlichen Ländern Thema. Die Studienvertretung Volkswirtschaft lud gemeinsam mit der AK, dem BEIGE-WUM, dem Institut für Geld- und Finanzpolitik und dem Graduiertenzentrum der Uni Wien im November 2008 zur Tagung „Verteilung und Demokratie“.

Von Philipp Piber

Der Schwerpunkt der Tagung war auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie gelegt. Zunehmende soziale Ungleichheit und steigende Prekarisierungstendenzen führen zum Hinterfragen unseres Gesellschaftsmodells. Die breite Mittelschicht, die Trägerin unseres Systems der parlamentarischen Demokratie, der Marktwirtschaft und des Sozialstaates wird zunehmend von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Prekarisierungstendenzen haben die bislang als stabil geltende Mittelschicht längst erreicht. So gilt es zu analysieren, welche Auswirkungen die zunehmende Ungleichverteilung auf die demokratische Verfassung einer Gesellschaft hat. Schließlich stellt sich die Frage ob das Gesellschaftssystem als Ganzes in eine Legitimationskrise gerät.

Ziel der Veranstaltung war es ein interdisziplinäres Forum für Studierende, Graduierte und renommierte WissenschaftlerInnen zu dieser Thematik ZU bilden. Um eine hohe Partizipation zu erreichen und jungen WissenschaftlerInnen die Möglichkeit zu geben, ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren gab es vorab einen Call for Papers.

Inhalte

Neben der gemeinsamen Einführungsveranstaltung am Freitag und der Schlussdiskussion am Samstag gab es vier Workshops, in denen die eingereichten Arbeiten präsentiert und diskutiert wurden.

Im Workshop „Datengrundlage und Empirie“ wurde der Schwerpunkt auf Methoden zur Aufarbeitung der Einkommens- und Vermögensverteilung gelegt. Unter der Leitung von Engelbert Stockhammer (Institut für Geld- und Finanzpolitik, WU) wurden unter anderem Fragestellungen wie die Erfassbarkeit der Mittelschicht und der sozialen Ränder erarbeitet.

Die TeilnehmerInnen des zweiten Workshops beschäftigten sich mit Fragestellungen staatlicher Umverteilungsmaßnahmen, mit Steuerpolitik. Vermögen und hohe Einkommen werden trotz ihres rasanten Anstiegs zunehmend weniger besteuert. Unter diesem Gesichtspunkt wurden gemeinsam mit Margit Schratzenstaller (WIFO) verschiedene steuerpolitische Instrumente im Bezug auf ihre Verteilungseffekte diskutiert.

Der dritte Workshop widmete sich der Thematik des Sozialstaates. Unter dem Titel „Sozialstaat in Gefahr?“ wurden unter der Leitung von Christine Mayrhuber (WIFO) Reformvorhaben und ihre verteilungspolitischen Implikationen diskutiert. Im Mittelpunkt standen die ökonomischen, politischen und soziologischen Funktionen des Sozialstaates.

Mit dem Zusammenhang zwischen ökonomischen Ressourcen und demokratischen Meinungsbildungsprozessen beschäftigten sich die TeilnehmerInnen des vierten Workshop. Hier wurden gemeinsam mit Johanna Muckenhuber (IHS) und Julia Edthofer (IHS) demokratiepolitische Spannungsfelder, die

sich aus ungleicher Verteilung ergeben, zum Thema gemacht.

Neben den genannten Workshops gab es zwei gemeinsame Veranstaltungen. Den Auftakt bildete eine Podiumsdiskussion, in der Befunde zur sozialen und demokratischen Ungleichheit diskutiert wurden. Özlem Onaran (WU), Ulrich Brand (Uni Wien) und Markus Marterbauer (WIFO) stellten ihre Einschätzungen der momentanen Situation zur Diskussion. In einem Abschlussplenum diskutierten Martin Schürz (OeNB), Stefanie Wöhl (Uni Wien) und Karin Lukas (Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte) über Auswirkungen der sozialen Ungleichheit und Lösungsansätze.

Die renommierten RednerInnen, engagierte JungforscherInnen und über hundert TeilnehmerInnen machten die Tagung zu einer spannenden und inspirierenden Veranstaltung. Auf der Homepage www.verteilung.at sind neben den eingereichten Beiträgen zahlreiche Texte zum Thema Verteilung und Demokratie zu finden.

Philipp Piber (für die Studienvertretung Volkswirtschaft)

Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes

Anmerkungen zu den Hintergründen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise¹

Von Engelbert Stockhammer

Die WirtschaftsforscherInnen kommen derzeit mit dem Hinunterrevidieren ihrer Prognosen kaum noch nach. Die Bank of England schätzt die Verluste, die dem (internationalen) Finanzsektor entstehen werden, auf rund 2,5 Bio. US\$. Gleichzeitig ist das Nettovermögen der privaten Haushalte in den USA (laut den Flow of Funds Daten der Fed) um rund 2,4 Bio. US\$ gefallen. Und all dies trotz aggressiver Interventionen der Zentralbanken und gewaltiger Bankenpakete. Kurz, wir erleben derzeit die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Großen Depression. Hätte es diese massiven Interventionen der Staaten nicht gegeben, wären die internationalen Finanzmärkte nach der Pleite von Lehman Brothers wohl völlig zusammengebrochen. Dieser Artikel gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Krise und das finanzdominierte Akkumulationsregime, das ihren Hintergrund bildet. Dabei werden die Ursachen der Krise und die wirtschaftspolitischen Reaktionen andiskutiert.

Von der Subprime Krise zur Finanzkrise

Seit Mitte der 90er entwickelte sich in den USA eine Spekulationsblase auf den Immobilienmärkten. Diese Blase hatte zwei wichtige Eigenheiten. Erstens wurde sie seitens des Finanzsektors durch eine umfangreiche Verbriefung der Hypothekarkredite gespeist und zweitens erlaubt sie den Haushalten sich gewaltig zu verschulden. Im angelsächsischen Finanzsystem war es möglich sich die Wertsteigerungen von Immobilien als Kredit auszahlen zu lassen, was die kräftigen realen Effekte der Blase erklärt. In der zweiten Jahreshälfte 2006 ging dieser Blase die Luft aus und die Immobilienpreise begannen zu fallen. Am stärksten vom Preisverfall betroffen waren die Verbriefungen im sogenannten (erst kürzlich entstandenen) Subprime Segment.

Im August 2007 erreichte die Krise den Interbankenmarkt, die Hauptschlagader des modernen Finanzsystems. Im Herbst 2007 forderte die Krise mit der britischen Hypothekarbank Northern Rock ihr erstes prominentes Opfer, im März 2008 mit Bear Stearns, einer der fünf großen Investmentbanken, ihr zweites. Im August 2008 überstürzten sich

dann die Ereignisse. Freddie Mac und Fannie Mae, die beiden halbstaatlichen Hypothekarinstitutione mussten vom Staat übernommen werden. Zusammen vergeben sie rund die Hälfte aller US-Immobilienkredite (im Wert von rd. 5 Bio. (!)). Lehmann Brothers, die zweite der fünf großen Wall Street Banken, ging in Konkurs. Ein normaler Vorgang in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, in der nur die effizientesten Firmen überleben, möchte man meinen. Nein, die Normalität war verschwunden, nackte Panik machte sich auf den Finanzmärkten breit. Aktienkurse fielen und die Interbankmärkte froren ein. Die nächsten Finanzinstitutionen waren vom Ende bedroht. American International Group (AIG), das größte Versicherungsunternehmen der Welt, musste vom Staat übernommen werden. Die Selbstheilungskräfte des Marktes machten Pause. Das Ende der Welt (des Finanzkapitalismus) schien gekommen.

Staatliche Fremdheilungskräfte

Das Ende aber kam nicht, sondern der Staat. Die USA kündigten die Schaffung eines Fonds zum Aufkauf der auf dem Markt nicht verkaufbaren Derivate im Umfang von 700 Mrd. US\$ an und die Fed erweiterte ihre Bilanz um rund 1 Bio. US\$ durch den Ankauf privater Anleihen.² Es war der britische Premier Gordon Brown, ein Vertreter der zweiten Generation von New Labour, der die Richtung für die Wirtschaftspolitik wies, indem er ein breites Konzept zur Stabilisierung vorschlug: Staatsbeteiligungen an den Banken zur Rekapitalisierung, staatliche Garantien für Interbankkredite und ein Fonds zum Ankauf von schlechten Papieren. Die EU erklärte Ende Oktober, dass keine wichtige Bank in Europa in Konkurs gehen werde (zunächst galt das nur für den Euro-Raum, einige Tage später auch für die neuen Mitgliedsländer). Seitdem wurden etliche Banken teilverstaatlicht und Bankenrettungspakete von atemberaubenden Größenordnungen (rund 20 bis 30% des jeweiligen BIP) vorgelegt. Sogar die lang geschmähte Fiskalpolitik wird, wenn auch in bescheidener Größenordnung (1 bis 2% des BIP), wiederentdeckt.

Die Rettungspläne wirken langsam. Der Interbankenmarkt kommt nur stockend wie-

der in Bewegung, die Notenbank bleibt die wichtigste Finanzierungsquelle der Privatbanken. Die Finanzkrise wird uns noch einige Zeit erhalten bleiben. Erstens, scheinen zwar die internationalen Banken für den Augenblick sicher, aber es ist nicht klar, ob in den Finanzinstitutionen und -strukturen der industrialisierten Welt noch weitere Zeitbomben ticken. Hedge Fonds und der Markt für credit default swaps wären Kandidaten für nächste Dominosteine. Zweitens beginnen sich die Spannungen nun auf den Wechselkursmärkten der Peripherie zu entladen. Vor allem die osteuropäischen Länder (Onaran 2008), aber auch Lateinamerika und Asien geraten unter Druck. Die Ukraine und Südkorea, Pakistan und Ungarn mussten bereits um IWF Gelder ansuchen.

Drittens beginnen sich die Auswirkungen auf den realen Sektor gerade erst zu entfalten. Die Automobilindustrie ist als erste betroffen; sie hat enge Verbindungen mit dem Finanzsektor, da viel Autos auf Kredit gekauft bzw. geleast werden. Das Ausmaß der Krise ist derzeit nicht seriös vorhersagbar. Klar ist nur, dass es die heftigste Krise seit Jahrzehnten wird. Das BIP der USA fiel im letzten Quartal wahrscheinlich mit einer annualisierten Rate von 5% bis 6% (FTD 17.12.08). Die deutsche Regierung hält mittlerweile eine Schrumpfung des BIP um 3% im Jahr 2009 für möglich (Presse 18.12.08).

Das finanzdominierte Akkumulationsregime³

Um die Hintergründe der gegenwärtigen Krise zu verstehen ist eine Kontextualisierung im aktuellen Akkumulationsregime notwendig. Zuerst zur politischen Basis dieses Akkumulationsregimes: Auf die Krise des Fordismus in den 70er Jahren folgte die neoliberale Offensive. Diese wurde ideologisch getragen von einer Renaissance von radikal-marktwirtschaftlichen Gedanken (basierend auf Hayek und Friedman), die die Effizienz freier Märkte anpriesen. Es erfolgte eine Verlagerung der Zielsetzung der Wirtschaftspolitik weg von Vollbeschäftigung hin zu Preisstabilität und Deregulierung. Bereits zu Beginn stand der Finanzsektor im Zentrum. Dies manifestiert sich mit dem Wechsel in der Geldpolitik unter

Fed Gouverneur Paul Volcker, der die Inflation um den Preis von Rezessionen und Massenarbeitslosigkeit im Norden und der Schuldenkrise in der Peripherie reduzierte. Politisch flankiert wurde dies von einem Angriff auf Gewerkschaften und die ArbeiterInnenbewegung, v.a. in den angelsächsischen Ländern.

Eine ökonomisch bedeutsame Folge der folgenden Schwächung der ArbeiterInnenbewegung war eine nachhaltige Polarisierung der Einkommensverteilung. Diese nahm in Kontinentaleuropa die Form einer fallenden Lohnquote an, in den angelsächsischen Ländern die Form einer Polarisierung innerhalb der Lohneinkommen. In den USA und Großbritannien stieg der Anteil des obersten Einkommensperzentil seit 1980 um rund 8 Prozentpunkte des BIP. Dem stehen entsprechende Einkommensverluste bei niedrigen Einkommen gegenüber.⁴

Eine ökonomische Konsequenz der Polarisierung der Einkommen ist, dass es für die Lohnabhängigen schwieriger wurde ihr Konsumniveau aus ihrem Einkommen zu finanzieren. Tatsächlich war aber der private Konsum die wichtigste Triebkraft für das Wachstum in den angelsächsischen Ländern – dies war aber nur auf Kosten einer zunehmenden Verschuldung der Haushalte möglich. So stieg die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA von 93% auf 135% des verfügbaren Einkommens an. Der Großteil dieser Verschuldung (rund 80%) basierte auf Immobilienkrediten – dies ist der Grund warum die Immobilienpreise in der gegenwärtigen Krise eine so zentrale Rolle spielen. In den angelsächsischen Ländern war es (bei steigenden Immobilienpreisen) möglich, sich bei Wertgewinnen der Immobilien zusätzlich zu verschulden. Dieses sogenannte mortgage equity withdrawal, das größtenteils in den Konsum floss, betrug in den Jahren vor dem Ausbruch der Krise rund 8% des verfügbaren Einkommens (Cynamon and Fazzari 2009). Kurz: v.a. in den USA (aber auch in Großbritannien und Irland) wurde auf Pump konsumiert – und dies war die Haupttriebfeder des Wirtschaftswachstums.

Die zentrale Rolle der Finanzmärkte im finanzgetriebenen Akkumulationsregime zeigt sich darin, dass ein immer größerer Teil der Profite in Form von Dividenden oder Zinszahlungen ausgeschüttet statt einbehalten und reinvestiert wird. Das Verhältnis von Investitionen zu Profiten fiel daher in allen großen Ländern. Gleichzeitig äußert sich das Eigenleben der Finanzmärkte in einer Kette von Finanzkrisen, die seit Beginn der 80er Jahre verschiedene Teile der Welt erschütterten. Die meisten und schwersten Finanzkrisen spielten sich an der aufstrebenden Periphe-

rie des globalen Kapitalismus ab: Die Schuldenkrise in Lateinamerika Anfang der 80er, die Türkei-Krise 1994, die Peso-Krise Anfang 1994, die Südostasienkrise 1997/98, danach Russland (1998), 2001 wieder Lateinamerika und die Türkei. Auch in den westlichen Zentren gab es welche: ein Börsenkrach 1987 in den USA, ab 1990 die Krise in Japan, die Krise des Europäischen Währungssystems 1992/93, schließlich die Börsenkrise durch das Platzen der dot-com bubble (2000/01). Bemerkenswert ist, dass Börsenkrisen als solche erstaunlich geringe Effekte auf die Realwirtschaft hatten. Wechselkurskrisen hingegen hatten kurzfristig oft katastrophale Auswirkungen mit Kontraktionen des BIP um mehrere Prozentpunkte innerhalb eines Jahres. Bankenkrisen führten ebenfalls meist zu starken realen Effekten. Die jetzige Krise ist also keineswegs die erste schwere Krise. Das Bemerkenswerte an ihr ist ihre Heftigkeit, und dass sie von den USA ausgeht.

Die deregulierten, internationalen Kapitalmärkte führten immer wieder zu längeren Phasen von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten, die sich oft in heftigen Wechselkursschwankungen entluden. Kapitalzuflüsse sind eine zweiseitige Angelegenheit. So mussten viele Emerging Economies erfahren, dass aus Kapitalzu- auch rasch Kapitalabflüsse werden können (Reinhart und Reinhart 2008). Diese capital flow reversals führen oft zu Wechselkurskrisen. Auch vor der aktuellen Krise gab es schwerwiegende Außenhandlungsungleichgewichte. Wieder gab es ein Land, das kurzfristig von den Kapitalzuflüssen profitierte, aber diese mit einer Krise bezahlen musste: die USA. Seit Anfang/Mitte der 90er Jahre weitete sich das Leistungsbilanzdefizit (das Spiegelbild der Kapitalzuflüsse) auf über 5% der BIP aus. Überschüsse erwirtschafteten die asiatischen Länder. Diese waren gebrannte Kinder der letzten Krise und suchten Währungsreserven (mittels Exportüberschüssen) aufzubauen um für die nächste Krise besser gewappnet zu sein.

Von der Finanzinnovation zur Finanzkrise

Die deregulierten Finanzmärkte setzten, angespornt von der Suche nach höheren Profiten, einen mächtigen innovativen Prozess frei. Neue Finanzinstrumente wurden entwickelt und neue Institutionen geschaffen. Die Entwicklung des subprime mortgage Marktes ist eine davon, die Verbriefung (securitization) von Krediten über off-balance sheet vehicles eine andere. Diese führten zu einer Veränderung der Rolle von Banken, die oft als originate and distribute Modell bezeichnet wird, und ermöglichten einen deutlich

höheren Verschuldungsgrad der FinanzakteurInnen als bisher üblich. Alle haben sie die Form und die Intensität der gegenwärtigen Finanzkrise entscheidend mitgeprägt.⁵

Das Subprime Segment entwickelte sich seit den frühen 2000er Jahren dynamisch. Zuvor hatten Banken KundInnen von zweifelhafter Kreditwürdigkeit, zu deutsch: geringes Einkommen bzw. Vermögen und/oder schlechte credit history, zumeist abgewiesen. In Zeiten rasch wachsender Immobilienpreise und niedriger Zinssätze entpuppte diese sich als interessanter Markt. Die Banken wurden im Marketing der Kredite aggressiver und in der Vergabe freizügiger. Ende 2006/Anfang 2007 war die Euphorie so groß, dass selbst Einkommen und Vermögen der KreditnehmerInnen nicht mehr geprüft wurden, die sogenannten NINJA-Kredite – no income, no job, no assets – waren geboren. Um die Kredite auch Haushalten schmackhaft zu machen, die sich nicht verschulden wollen, wurden Kredite mit variablen Rückzahlungsraten (adjustable rate mortgages, ARM) geschaffen, die in den ersten Jahren geringe Rückzahlungsraten haben und danach kräftig ansteigen.

Diese Kredite wurden von den Banken jedoch nicht gehalten, sondern gebündelt weiterverkauft als residential mortgage backed securities (RMBS). Durch die Bündelung wurde angeblich die Qualität der Papiere verbessert, was von Ratingagenturen, die daran gut verdienten, auch prompt bestätigt wurde. Dazu wurden Derivate auf diese Papiere entwickelt, durch die die Risiken in unterschiedliche Tranchen aufgeteilt wurden. Dieses Bankverhalten wird als originate and distribute model of banking bezeichnet. Banken vergeben Kredit um diese sofort weiterzuverkaufen. Statt an den Zinszahlungen verdienen sie dann an den Gebühren für die Verbriefung. Zumeist gründeten sie dazu eigene off-balance sheet Zweckgesellschaften, in die die Kredite ausgelagert und dann verkauft wurden (oder eben nicht). Der Kredit verschwand damit aus der Bilanz der Bank und die Bank erhielt Geld – zumindest solange alles gut ging.

Diese Zweckgesellschaften sind Teil dessen, was als shadow banking system bezeichnet wird. Wie die Hedge Fonds unterliegen sie nicht der Bankenregulierung, erfüllen aber wesentliche Funktionen von Banken. Die Grenzen zwischen dem shadow banking system und den Banken verschwammen zunehmend. Angezogen von den hohen Gewinnen der Fonds gründeten die Banken eigene in-house hedge funds. Die Verlagerung von Aktivitäten off balance hatte außerdem den Effekt, die Kapitalregulierungen des Basel

Vertrags zu umgehen. Insgesamt veränderte sich damit der Charakter der Banken: Das traditionelle Bankgeschäft besteht darin Einlagen zu nehmen und Kredite zu vergeben. Der Gewinn wird dann aus der Zinsdifferenz zwischen den Einlage- und den Kreditzinsen gemacht. Nunmehr finanzierten sich die Banken auf den Geld- und Kapitalmärkten und machten ihre Gewinne einerseits aus Gebühren (für die Verbriefung u.ä.) oder aus der Spekulation auf eigene Kasse.

Als die Krise begann, mussten dann oft die Zweckgesellschaften und die eigenen Hedge Fonds in die Bilanzen genommen werden. Alleine wären sie nicht lebensfähig gewesen. Mit ihnen aber kamen milliarden-schwere Verluste und ein gewaltiges Maß an Verschuldung. Als die Geld- und Interbankmärkte von der Krise erfasst wurden, wurde es dann für viele Banken eng. Sie waren ja nun zu ihrer Finanzierung auf diese angewiesen und die meist kurzfristigen Mittel müssen regelmäßig erneuert (debt roll over) werden. Dies war nun nicht mehr möglich. Nur massive Staatseingriffe konnten sie am Leben erhalten.

Widersprüche der Wirtschaftspolitik

Gegenwärtig wird versucht die Lage mit Staatseingriffen zu stabilisieren, die in ihrer Größenordnung in kapitalistischen Wirtschaften in Friedenszeiten wohl einmalig sind. Das Verblüffende an diesen wirtschaftspolitischen Reaktionen ist, dass sie gegen jede neoliberale Theorie und Ideologie verstoßen. Die Deregulierung der Finanzmärkte war ja das Ergebnis und Ziel der neoliberalen Wirtschaftspolitik gewesen. Noch wenige Monate vor der Finanzkrise pries der IMF, dass die Finanzinnovationen das Finanzsystem stabiler und effizienter machen würden: „*The dispersion of credit risk [through credit derivatives] by banks to a broader and more diverse group of investors, rather than warehousing such risk on their balance sheets, has helped to make the banking and overall financial system more resilient*“ (IMF 2006: 51). Dieses Zitat ist durchaus repräsentativ für die Einschätzung der großen wirtschaftspolitischen Institutionen. Bereits einige Monate später reagierten dieselben Institutionen aggressiv in einem quasi-keynesianischen Sinn, allerdings ohne erkennbar ihre Analyse geändert zu haben.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der 30er Jahre führte zu weit greifenden, gesellschaftlichen Veränderung. Der Faschismus ebenso wie die sozialdemokratische Version des Keynesianismus (in Form des New Deal) wurden in diesen Krisenzeiten geboren. Es gibt

heute aber zwei wesentliche Unterschiede zur damaligen Krise. Erstens greift diesmal der Staat entschiedener ein. Zweitens fehlt heute eine starke kapitalismuskritische Opposition, die reformatorischen oder revolutionären Druck entfaltet. War die Linke in den 30er Jahren in zwei große Lager gespalten, so ist sie heute fragmentiert und ohne postkapitalistische Vision. Es fehlt also an Reformdruck, weil die systemkritischen Bewegungen schwächer sind.

Aber auch wenn die Staatsinterventionen ein Auswachsen der Krise zu einer neuen Großen Depression verhindern können, so wird es keine rasche Rückkehr zum neoliberalen business as usual geben. Während die Staatseingriffe das Schlimmste verhindern können, wird es deutlich schwieriger (in neoliberalen Rahmen) einen neuen Wirtschaftsaufschwung zu generieren. Erstens wird ein zentraler Wachstumsmotor für die Wirtschaftsentwicklung auf absehbare Zeit ausfallen: die kreditfinanzierten Konsumausgaben. Die Banken werden in der Kreditvergabe vorsichtiger werden und die Haushalte (in den angelsächsischen Ländern) werden versuchen ihre Schuldenlast langsam zu reduzieren. Bei anhaltender shareholder value Orientierung, knappen Krediten und schwacher Nachfrageentwicklung ist kaum zu erwarten, dass die Investitionen eine dynamische Rolle spielen werden. Kurz: die nächsten Jahre könnten eher Japan in den 90er Jahren (d.h. lange Stagnation) als den USA in den 30er Jahren (d.h. wirtschaftlicher Kollaps) ähneln.

Auch wenn die Krise nicht in eine Depression umschlägt, so ist sie doch eine Krise des finanzdominierten (neoliberalen) Akkumulationsregimes. Verschiedene systemkonforme Strategien zur Krisenbewältigung sind denkbar: ein Wall Street Keynesianismus, in dem sich ein deregulierter Finanzsektor in Krisenzeiten am Staat schadlos hält und gleichzeitig auf deregulierten Arbeitsmärkten beharrt, scheint die derzeit präferierte Strategie zu sein. Aber auch eine Renaissance eines sozialliberalen Projekts (New Labour cum reguliertem Finanzsektor) oder ein Schwenk zur autoritären Rechten sind denkbar. Die sozialen Konflikte werden zunehmen. Schon bald wird sich die Frage stellen, wer für die Schuldenberge, die zur Bankenrettung angehäuft wurden, zahlen muss. Die Reichen, die von der Finanzialisierung profitiert haben? Oder beginnt eine neue Runde des Sozialabbaus? Auch in der Lohnpolitik wird sich die Verteilungsfrage mit neuer Härte stellen. Ist die Krise der richtige Zeitpunkt für Lohnkürzungen? Seit Keynes sollten wir wissen, dass die Antwort nein ist. Die Republikaner lehnten jedoch

das Rettungspaket für die US Automobilindustrie ab, weil die Lohnkürzungen im Rahmen des Pakets nicht ausreichend waren (Presse 13.12.08). Ob auch egalitäre oder gar postkapitalistische Reaktionen auf die Krise eine Rolle spielen werden, muss sich erst zeigen. Überfällig wäre es.



Engelbert Stockhammer ist Assistenzprofessor am Institut für Geld- und Finanzpolitik. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Makroökonomie, Arbeitslosigkeit und Finanzsysteme.

Fussnoten:

¹ Dieser Artikel beruht auf der ausführlicheren Diskussion in Stockhammer (2008b).

² Dieser Fonds wurde dann anders genutzt: 250 Mrd US\$ wurden zur Rekapitalisierung der Banken verwendet und das verbleibende Geld soll nun nicht zum Aufkauf schlechter Derivate verwendet werden, sondern zur Restrukturierung der Hypothekarkredite selbst.

³ Dieser Abschnitt ist ausführlicher behandelt in Stockhammer (2008a), ähnliche Analysen finden sich in Brenner (2003) und Glyn (2004).

⁴ OECD (2008) und Atkinson and Piketty (2007) bieten nützliche statistische Quellen zur Veränderung der Einkommensverteilung. Lesenswert, und mit überraschend klassenkämpferischen Untertönen, ist auch die Diskussion der Einkommensverteilung in den USA im vorletzten Buch des diesjährigen Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman (2007).

⁵ Blackburn (2008) und Crotty (2008) bietet eine ausführliche Diskussion dieses Prozesses. Siehe auch die materialreichen Diskussionen in den Global Financial Stability Reports des IMF und des Financial Stability Reports der EZB.

Literatur:

- Atkinson, A, Piketty, T, (eds) 2007.** Top Incomes Over the Twentieth Century: A Contrast Between European and English-Speaking Countries. Oxford: Oxford University Press
- Brenner, R. (2003)** The boom and the bubble. London: Verso
- Blackburn, R. (2008).** The subprime crisis. *New Left Review* 50 (March-April 2008): 63 - 106
- Crotty, J. (2008).** Structural causes of the global financial crisis: a critical assessment of the New Financial Architecture. PERI Working Paper 180
- Cynamon, B, Fazzari, S, (2009).** Household debt in the consumer age: source of growth – risk of collapse. *Capitalism and Society*: forthcoming
- Glyn, A. (2004).** *Capitalism unleashed: Finance, Globalization and Welfare.* Oxford University Press.
- Krugman, p. (2007).** *The conscience of a liberal: reclaiming America from the right.* London: Allen Lane
- OECD (2008).** *Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries.* Paris: OECD
- Onaran , Ö. (2008)** “Finanzmärkte in Osteuropa und der Türkei: Kann »es« auch hier passieren?” in Kübelboeck, K and Staritz, C. (Hrsg.): *Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung, VSA-Verlag, 2008*
- Reinhart, C., Reinhart, V., (2008).** *Capital Flow Bonanzas: An Encompassing View of the Past and Present.* HYPERLINK „http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1267552” NBER Working Paper No. W14321
- Stockhammer, E. (2008a).** Some stylized facts on the finance-dominated accumulation regime. *Competition and Change* 12, 2: 189-207
- Stockhammer, E. (2008b).** *Finanzkrise: Chronologie, Ursachen und wirtschaftspolitische Reaktionen.* *Grundrisse* 28: 13-22

2. Summer School on Keynesian Macroeconomics and European Economic Policies

02. August 2009, 11.00 bis 09. August 2009, 12.00

Berlin, IG Metall Bildungsstätte Berlin-Pichelssee

Veranstalter: IMK in der Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik

Post-Keynesian economics is a thriving economic approach which highlights issues of effective demand, income distribution, employment and growth in a monetary production economy. Most of the features of a monetary production economy are usually neglected in mainstream economics and its “free market”-orientation. During the recent decades, economic policies based on this mainstream approach have contributed to high unemployment, worsening income distribution, increasing economic imbalances, and world wide financial crisis. Developing alternative policy proposals will therefore need a firm theoretical foundation.

The summer school aims at providing an introduction to Post-Keynesian economics and to the problems of European economic policies as well as presenting some ongoing research to interested graduate students (MA and PhD) and junior researchers. It will consist of overview lectures, a panel discussion, student study groups and academic papers and it will feature leading international researchers in the area, like Philip Arestis (UK), Robert Blecker (USA), Eckhard Hein (Germany), Marc Lavoie (Canada), and Engelbert Stockhammer (Austria). Issues of monetary economics, the theory of growth and distribution, and the relation of Post-Keynesian Economics to other heterodox traditions, but also to the now prevalent New Keynesian approach, will be covered as well as applications of Keynesian theory to issues of the current financial market crisis, unemployment, monetary policy and macroeconomic policy coordination in the EU. Language is English. There is a fee of €250,- for each participant for accommodation and meals. Travelling costs cannot be covered. Application: Send a letter of motivation (max. 2 pages), your CV, the questionnaire (http://www.boeckler.de/33_94099.html) and the address of one academic adviser who may be contacted for reference to Susanne-Stoeger@boeckler.de no later than 02nd March, 2009. Accepted participants will be informed by mid-April and will be provided with a reading package for the Summer School. Contact: Torsten-Niechoj@boeckler.de

NACH DER KRISE IST VOR DER KRISE

Originellere Lösungen zur Stabilisierung der globalen Wirtschaft sind notwendig

Noch ist unklar, wann der Spuk vorbei sein wird. Auf den Schultern der SteuerzahlerInnen wird die Finanz- und Wirtschaftskrise jedenfalls noch länger lasten. Hundert Milliarden Euro sind kein Pappentier – unser Bankensystem muss es uns dennoch wert sein, zum Schutz der Arbeitsplätze wohlgeordnet. Denn wenn Banken keine Kredite vergeben, droht Unternehmen die Insolvenz und ArbeitnehmerInnen der Jobverlust. Und Arbeitslosigkeit bedeutet weniger Konsum und in der Folge noch weniger Jobs, dafür mehr Kreditausfälle. Irgendwann würden die Preise zu purzeln beginnen und wir fänden uns in einer Depression wie in den 1930er Jahren wieder.

Von Karin Fischer

Das ist die simple Wahrheit, weshalb der österreichische Staat sich nicht lumpen lässt, wenn es um die Rettung der Banken geht. Die Politik hat aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise gelernt und durch rasches und koordiniertes Vorgehen den Infarkt des globalen Finanzsystems verhindert. Nun ist es zu spät, zu lamentieren, dass der Bankensektor hierzulande durch das massive Engagement im Osten überdimensioniert und die Ansteckungsgefahr besonders groß sei. Aber ungeklärt ist nach wie vor, wer im Falle

des Super-GAUs der süd- und südosteuropäischen Bankenlandschaft die nötigen Milliarden herbeischaffen soll, um den Kollaps der österreichischen Mutter-Gesellschaften zu vermeiden. Würden die Garantien für den Bankensektor tatsächlich fällig werden, wäre der Staatsbankrott traurige Gewissheit. Hundert Milliarden Euro entsprechen in etwa der Größe des gesamten Staatshaushaltes. Aber selbst wenn dieser größte anzunehmende Unfall nicht eintritt, wird die Rechnung mit Sicherheit teuer.

Die Zeche zahlt die Mehrheit

Unglücklicherweise zahlt die Zeche die Mehrheit, während an den Kursgewinnen der vergangenen Jahre nur eine Minderheit mitnaschen durfte. Vor allem die Masse der Lohnabhängigen leidet unter den Folgen der Finanzkrise. Denn diese geißelt längst die Realwirtschaft, in der minder bemittelte durch Arbeit ihr Auskommen finden müssen. Marktberichtigungen werden zu einem wesentlichen Teil über die Konkurrenz um den Preis der Arbeitskraft vonstatten gehen, und Restrukturierungen und Entlassungen werden an der Tagesordnung stehen. Hinzu kommt, dass der Großteil der Steuerlast vom arbeitenden Volk berappt werden muss, weil das Kapital längst zu mobil ist, um ihm einen fairen Anteil an der Finanzierung des Gemeinwohls abzuverlangen. Deshalb droht die Abwälzung der Krisenlast auf jene, die die Pleite von Lehman und anderen Kreditinstituten am allerwenigsten zu verantworten haben; müssen ausgerechnet die gerade stehen, auf deren Rücken bereits die Jagd nach immer höheren Renditen ausgetragen wurde. Nachdem die Gewinne privatisiert wurden, werden die Verluste sozialisiert.

Die Geldwerte, die in den vergangenen Jahrzehnten vermeintlich geschaffen wurden, lösen sich plötzlich in Luft auf. Vorbei ist der Glaube, Geld könne sich auch ohne den Umweg über die Realwirtschaft vermehren. Die Krise führt uns vor Augen, dass Renditen nicht im Finanzsystem, sondern in der Realwirtschaft geschaffen werden. Und wenn die Finanzvermögen im Verhältnis zur Produktion aus dem Ruder laufen, muss es irgendwann zur Entwertung jenes Anteils des „fiktiven“ Kapitals kommen, der in der Realwirtschaft keine Entsprechung findet. Genau das passiert in der gegenwärtigen Krise.

Tatsächlich ist nur etwa ein Fünftel unserer angesparten Geldwerte durch Realwerte gedeckt. Denn während die Produktion jährlich um 3% wuchs, forderten Kapitalanleger Renditen von bis zu 25% - eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Aber der Glaube, dass das Unmögliche möglich wird, blieb solange aufrecht, als kein Wölkchen den Renditehimmel trübte. Mittlerweile haben sich dicke Gewitterwolken zusammengebraut, und ein mächtiger Regenguss riss nicht nur Rekordgewinne mit sich, sondern untergräbt zusehends auch das Fundament – die Realwirtschaft.

Die Finanzkrise der ersten Welt

Zu jener Zeit, als vor allem Entwicklungslän-

der von Finanzmarkturbulenzen erschüttert wurden, war die übliche Erklärung, die Finanzsysteme dieser Länder hätten versagt und die Unternehmen die internationalen Rechnungslegungsstandards missachtet. Deshalb haben die Anleger das Risiko falsch eingeschätzt. Diesmal führte das angeblich beste Finanzsystem der Welt eine Krise herbei, deren Ausmaß alles bisher da gewesene übersteigt. Zwar besteht kein Zweifel, dass die mangelnde (Selbst-) Regulierung des Kapitalmarktes ihr unmittelbarer Auslöser war. Aber die Periodizität der Krisen lässt vermuten, dass diese Teil unseres Wirtschaftssystems sind, der die Bankenaufsicht hilflos gegenübersteht. Sie gehören zur Anatomie des modernen Kapitalismus.

Tatsächlich hat sich die zerstörerische Kraft der Krise in der realen Sphäre zusammengebraut. Es begann damit, dass Alan Greenspan durch massive Zinssenkungen einen Immobilienboom und eine wahre Konsumorgie auslöste. Davon haben nicht nur US-amerikanische Haushalte profitiert, sondern vor allem auch die exportstarken Ökonomien Asiens und Europas, allen voran China, Japan und Deutschland. Das Leistungsbilanzdefizit der USA erreichte im Jahr 2007 die Rekordhöhe von 854 Millionen US-\$ - das entspricht etwa 6% des Bruttoinlandsprodukts der USA und mehr als der doppelten Wirtschaftsleistung Österreichs. Das reichste Land der Welt ist zugleich der größte SchuldnerInnen.

Verteilungsprobleme im realen Sektor

Die gigantische Verschuldung in den USA ist eine unmittelbare Folge der seit Jahren herrschenden Stagnation der Masseneinkommen. Die Löhne waren zu gering, um einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten, weshalb sich die US-BürgerInnen zur Finanzierung von Wohnung, Bildung oder Gesundheitsversorgung scharenweise an die Kreditindustrie wandten. Fortan bildeten einkommensschwache US-Privathaushalte die Lokomotive der Weltkonjunktur.

Die Kehrseite dürftiger Lohneinkommen ist die enorme Konzentration von Kapital in den Händen einer winzigen Minderheit. Kreative Köpfe entwickelten für diese Klientel Anlageformen, die enorme Renditen versprechen – dagegen nahmen sich die Gewinne in der Realwirtschaft geradezu bescheiden aus. So wurden die Reichen immer reicher, während frau/man den Armen dank der exzessiven Kreditvergabe anständige Löhne vorenthalten konnte. Die Verschuldung der Mehrheit ist das Geldvermögen der Minderheit. Und während letzteres scheinbar ins Unendliche wuchs, stagnierte der Wert der

von den SchuldnerInnen geschaffenen Äquivalente in der realen Sphäre. Als der Glaube, dass die KreditnehmerInnen die Hypotheken bezahlen könnten, zusammenbrach, folgte wenig später der Verlust des Vertrauens in die Banken – die Finanzkrise nahm ihren Lauf.

Nach demselben Muster verliefen auch Kreditblasen anderswo, und gegenwärtig erleben wir das Phänomen im Weltmaßstab. Denn durch die Globalisierung der Finanzmärkte wurden die Subprime-Papiere international gehandelt, und dass Misstrauen in die Zahlungsfähigkeit der US-amerikanischen Häuselbauer hat sich auf europäische Kreditinstitute übertragen. In der Folge sind die Kreditmärkte ausgetrocknet, weil die Banken sich untereinander nicht mehr trauen. Die Weltwirtschaft wird in den Abgrund gerissen, und die Hoffnung, die Emerging Markets würden in die Rolle des Konjunkturmotors schlüpfen, erweist sich als naiv. Die Weltwirtschaft war auf die Konsumorgie in den USA angewiesen; sowohl Europa als auch Asien haben gleichermaßen über Jahre ihre eigenen Verteilungsprobleme exportiert. Wären die USA nicht die USA und der Dollar nicht die Weltreservewährung, dann wäre die US-Wirtschaft längst kollabiert.

Originellere Lösungen gefragt

Der Ursachen der Krise sind nicht bloß verfehlte Regulierung und der Verlust der Moral der ManagerInnen. Das Problem ist auch, dass der unregulierte Kapitalverkehr Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zwischen Ländern über längere Zeit ermöglicht und die Wechselkurse vieler Währungen systematisch in die falsche Richtung drängt. Dadurch laufen die Leistungsbilanzüberschüsse und –defizite völlig aus dem Ruder laufen. Massive Überschüsse in einigen Ländern (Deutschland, Japan, China) gehen mit enormen Defiziten und Kapitalzuflüssen in andere Länder (USA, Spanien, Ungarn) einher. Letztere verursachen immer dann Blasen an den Kredit- und Immobilienmärkten, wenn das Kapital in der realen Sphäre keine Verwertung findet.

John Maynard Keynes hat erkannt, dass die Stabilisierung des kapitalistischen Systems internationale Rahmenbedingungen braucht, die den Export von Verteilungsproblemen in andere Nationen verhindern. Anfang der 1940er Jahre hat er zusammen mit Harry Dexter White das Bretton Woods System gezimert, welches der Weltwirtschaft über mehrere Jahrzehnte gute Dienste leistete. Gegenwärtige Vorschläge zur Reform der internationalen Finanzarchitektur konzentrieren sich hingegen ausschließlich auf die Finanzmarktaufsicht und die Rechnungs-

legungsstandards. Das Grundproblem wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, die nächste Krise ist vorprogrammiert. Die Milliarden, die wir in den Bankensektor stecken, damit der seine ureigenste Aufgabe wieder erfüllen möge, werden verpuffen, solange die Verwertungs- und Verteilungsprobleme in der Realwirtschaft nicht gelöst werden.

Karin Fischer studierte Volkswirtschaft an der WU und Politikwissenschaft an der Uni Wien.

Literatur:

- UNCTAD**, Handbook of Statistics, 2008
Flassbeck, H./Spieker, F., Im Bauch des Sparschweins. Warum Sparen keine Vorsorge für die Zukunft ist und acht Vorschläge, es anders zu machen. Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe vom 14.11.2008.
Bulard, M., Die nächsten Herren der Weltwirtschaft. Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe vom 14.11.2008.

Finanzkrise und Konjunktur

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Konjunktur

Die aktuelle Finanzkrise wird als die katastrophalste Krise seit der großen Depression der 30er Jahre bezeichnet. Damals erlitt das amerikanische BIP einen Rückgang um über 30 Prozentpunkte. Im historischen Durchschnitt sank das BIP pro Kopf als Folge von Banken Krisen um 9,3 Prozentpunkte, die Arbeitslosigkeit stieg um 7 Prozentpunkte.¹ Mit welchen konjunkturellen Auswirkungen muss im Zuge der um sich greifenden Krise gerechnet werden?

Von Petra Sauer

Der Transmissionsmechanismus²

Die Banken erlitten im Zuge der Krise erhebliche Verluste, was den Zusammenbruch des gesamten Interbankenmarktes zur Folge hatte. Dies bedeutete das Versiegen der wichtigsten Refinanzierungsquellen von Banken, welche ihre prekäre Situation über Kreditmärkte an die Realwirtschaft weiterleiteten.³

Das Wachstum der Kredite an Firmen erlitt, erstmals nach einem nahezu durchgängigen Anstieg seit 2003, einen Rückgang. Auch das Wachstum der Kredite an Haushalte sank verstärkt ab. Als Gründe gelten Vermögenseffekte, höhere Kreditkosten sowie Kreditrationierung. Die Kreditzinsen für Haushalte und Unternehmen stiegen im Herbst 2008 verstärkt an, obwohl die EZB im Oktober begann, die Leitzinsen zu senken. Einerseits gaben Banken die hohen Interbankensätze an ihre Kunden weiter, andererseits spiegelt die beschleunigte Zunahme erhöhte Risikoaufschläge wider. Die massiven Einbrüche auf Aktien- und Immobilienmärkten (europäische und amerikanische Aktienkurse sanken um rund 50%) schlugen sich direkt in den Bilanzen der Unternehmen nieder. Die beeinträchtigte finanzielle Position erhöht die Ausfallgefahr und somit den Risikoaufschlag. Aufgrund der resultierenden höheren Kosten der externen Finanzierung werden Investitionen in die Zukunft verschoben oder gar nicht erst getätigt. Die Folge ist eine Abschwächung der realen Aktivität, welche sich über Akzeleratorprozesse⁴ in zukünftige Perioden fortsetzt.

Zudem antworten Banken auf die Verschlechterung ihrer eigenen finanziellen Position mit der Beschränkung des Kreditangebots. (vgl. Cihák et al. 2008: 4) Diese, allseits unter der Bezeichnung der „Kreditklemme“ bekannte Kreditrationierung erzielen Banken durch die Verschärfung der Kreditbedin-

gungen (z.B. bezüglich der Vorschriften der Kreditbesicherung). Zwischen dem zweiten und dritten Quartal 2008 erfolgte eine deutliche Straffung der Anforderungen der Kreditgewährung für Unternehmen. Diese Veränderungen erklären Banken zumeist durch die Verschlechterung der Erwartungen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und des branchen- und firmenspezifischen Ausblicks. Auch die Verringerung ihrer Eigenkapitalbasis und Liquidität sowie die erschwerten Refinanzierungsmöglichkeiten werden von den Banken als Gründe für die restriktivere Kreditvergabe genannt.

Auch die Haushalte sind von den genannten Vermögenseffekten und von der Kreditrationierung betroffen. Erstere Auswirkungen sind aufgrund der relativ kleinen Bedeutung der Veranlagung über den Aktienmarkt in Europa sehr gering. Von Relevanz sind allerdings die Weitergabe der hohen Interbankensätze sowie die Verschärfung der Kreditbedingungen für Konsum- und Wohnkredite, welche die zukünftige private Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern erheblich beeinträchtigen werden.

Die internationale Konjunktur sowie deren Auswirkungen auf die Euro-Zone und Österreich

In einer globalisierten Wirtschaft bestehen internationale Übertragungsmechanismen, welche die Konsequenzen des Platzens der amerikanischen Immobilienblase in den Rest der Welt transferierten. Die Verluste der Banken wurden über das globale Finanzsystem verteilt und ließen nationale Bankensysteme einbrechen. Gleichzeitig ermöglichen globalisierte Gütermärkte die Übertragung der inländischen Rezession in das Ausland. Somit ist die zukünftige Entwicklung der europäischen Wirtschaft erheblich von den

Reaktionen der wichtigsten Handelspartner abhängig.

Die USA konnten 2008 noch ein Wachstum von 1,3% verzeichnen. Die Ausgabe von Steuergutscheinen verhinderte bisher einen tieferen Einbruch der privaten Nachfrage. Die davon ausgehenden Kaufkrafteffekte sind jedoch bereits verpufft. Zudem stiegen die Nettoexporte aufgrund des starken Schrumpfens der Importnachfrage. Dieser temporäre Vorteil schwindet allerdings durch die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar um mehr als 20% sowie der schwachen Auslandsnachfrage. Das BIP-Wachstum der USA wird daher laut Wifo-Prognose mit 1,7% im Jahr 2009 deutlich negativ sein. Der stärkste Einbruch der amerikanischen Importnachfrage seit der „new-economy bubble“ (2% in den letzten drei Quartalen) exportierte die Rezession in den Rest der Welt. Das Wachstum des Welthandels liegt 2009 voraussichtlich bei 0,6% (2007 waren es noch 6,2%). 2009 wird mit einer Stagnation (0,2%) der Weltwirtschaft gerechnet. Auch Japan geriet 2008 in eine Rezession und sieht sich aufgrund des Verfalls der Preise von Rohstoff- und Agrarprodukten erneuten Deflationsgefahren ausgesetzt. Auch in China brachen die Aktienkurse um über 60% ein. Für die Verlangsamung des chinesischen BIP-Wachstums 2009 um 3,8 Prozentpunkte ist allerdings das Erlahmen der internationalen Nachfrage nach Konsumgütern ausschlaggebend. (vgl. Wifo 2008: 3f)

Das Wachstum der Länder Mittel- und Osteuropas, die ihren Aufholprozess zum Großteil durch Kapitalimporte deckten, leidet unter den unsicheren Bedingungen auf den Finanzmärkten und der Verlangsamung des Welthandels. Ein niedrigeres Wachstum wird die Exporte aus der Euro-Zone negativ belasten. Insbesondere für Österreich sind die Entwicklungen in dieser Region von Be-

deutung, da Banken und Unternehmen in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in Ostmitteleuropa tätigten. Ausfälle würden deren Bilanzen massiv verschlechtern. Überdies ist die Region, neben Deutschland und Italien, einer der wichtigsten Exportmärkte Österreichs. (vgl. Wifo 2008: 5)

Die Euro-Zone verzeichnete im letzten Quartal 2008 die ersten negativen Wachstumsraten seit 1993. Diese ersten spürbaren realwirtschaftlichen Effekte der Finanzkrise trafen die einzelnen Länder unterschiedlich. So waren Deutschland und Italien (-0,5%) stärker betroffen als z.B. Frankreich (+0,1%). Auch 2009 wird das BIP in der Euro-Zone um 0,4% schrumpfen. Für 2010 wird wieder ein geringfügig positives Wachstum von 0,5% prognostiziert. Auch dem Absinken der Arbeitslosigkeit seit 2005 ist durch den Wachstumseinbruch ein Ende gesetzt. Die Arbeitslosenrate ist im Oktober erstmals wieder auf 7,5% gestiegen und soll bis 2010 8,3% ansteuern. Die Exporte werden innerhalb der Euro-Zone stagnieren, da die Importnachfrage aller Mitgliedsländer einbricht. Weltweite Handelsvorteile entstehen hingegen aufgrund der starken Abwertung des Euros gegenüber dem Dollar (vgl. Euroframe Report 2008: 23 ff)

In einer kleinen und offenen Volkswirtschaft wie Österreich kommen die ersten Impulse der Rezession aus dem Rückgang der Exporte. Sie werden 2009 erstmals seit 1993 um -0,5% (real) abnehmen. Bedingt durch den Rückgang der ausländischen und inländischen Aufträge sinkt die Kapazitätsauslastung und somit der Bedarf an Investitionen. Die Investitionsbereitschaft wird auch durch die gestiegenen effektiven Investitionskosten als Folge der höheren Kreditzinsen sowie der pessimistischen Erwartungen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung eingeschränkt. Weiters agieren auch österreichische Banken in der Kreditvergabe zurückhaltend. Die Bruttoanlageinvestitionen werden daher 2009 real um 3,4% sinken.

In Österreich wird sich, wie in der gesamten Euro-Zone, der Trend sinkender Arbeitslosigkeit umkehren. Da es sich bei der Arbeitslosenrate um einen nachhinkenden Konjunkturindikator handelt, zeigen sich die negativen Effekte erst 2009 und werden allerdings auch 2010 noch anhalten. Dank den, an der hohen Inflation des Sommers 2008 orientierten, Lohnrunden für 2009 sowie der Verlangsamung der Inflation und den positiven Effekten der Einkommensteuerreform werden die real verfügbaren Haushaltseinkommen 2009 um 2,5% zunehmen. Die Auswirkungen auf den privaten Konsum sorgen dafür, dass das Wachstum der Ausgaben

sowohl 2009 als auch 2010 bei dem Niveau von 1% bleibt. Nichts desto trotz werden die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter 2008 und 2009 um 1% bzw. 1,8% fallen. (vgl. Wifo 2008: 5 ff)

Wirkung der Fiskalpolitik

Im aktuellen Umfeld finanzieller Ungleichgewichte nimmt die Fiskalpolitik eine zentrale Rolle in der Dämpfung des konjunkturellen Abschwungs ein. Die europäische Kommission verlautbarte, dass es sich zur Zeit um eine „außergewöhnliche Situation handelt, in welcher das Defizit über 3% des BIP steigen darf“ (vgl. Euroframe Report 2008: 23) und bekannte sich dadurch zu dieser bedeutenden Funktion aktiver Fiskalpolitik.

Fiskalische Impulse gehen einerseits von den automatischen Stabilisatoren der Steuerbelastung aus. Sinken die Einkommen, insbesondere das Gewinneinkommen, so sinken auch die diesbezüglichen Steuereinnahmen, während die öffentlichen Ausgaben durch die gestiegene Arbeitslosigkeit steigt. 2009 werden die positiven Effekte der Steuerreform wirksam, welche die automatische Steuerentlastung zusätzlich verstärken kann. Andererseits werden die Effekte durch die 2009 um 2,5 % ansteigenden Löhne teilweise kompensiert.

Diskretionäre Maßnahmen zur Konjunkturbelebung sind aber unerlässlich. Während die USA bisher mit umfangreichen fiskalischen Stimulierungsaktionen reagierte, verlaufen die Versuche im Euro-Raum sehr zögerlich und wenig koordiniert. In Österreich machen die fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen rund 2% des BIP aus. Die in den Konjunkturpaketen beschlossenen Maßnahmen sollen 2009 nachfragewirksam werden und das Wirtschaftswachstum um ca. 0,75% beschleunigen. Vor allem leisten sie auch einen wichtigen Beitrag zur Milderung der Einbußen an Human- und Sachkapital im Abschwung. (vgl. Wifo 2008: 11)

Aktuelle Konjunkturprognosen erscheinen im Vergleich zu historischen Daten optimistisch, wenn sie vorhersagen, dass die Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone um „nur“ 0,9 Prozentpunkte ansteigen soll. Die um sich greifende Krise brachte zum Vorschein, wie stark sich ökonomische Strukturen und Institutionen veränderten und verändern. Über globalisierte Finanzmärkte werden nationale Ungleichgewichte in die ganze Welt übertragen. Die internationale Arbeitsteilung sorgt für die Verbreitung der realwirtschaftlichen Effekte. Es ist noch nicht absehbar welche Umstrukturierungen in der wirtschaftlichen Landschaft von der Krise ausgehen werden.

Bisher verwendete Prognosemodelle sind daher meist nicht in der Lage den auf den Märkten herrschenden Ausnahmezustand zu erfassen. So ist es in der gegenwärtigen Situation nicht verwunderlich, dass Prognosen ständig nach unten korrigiert werden. Es wird sich zeigen, wo die Finanzkrise mit ihren konjunkturellen Auswirkungen im historischen Kontext eingeordnet werden kann.

Petra Sauer studiert Volkswirtschaft an der WU

Fussnoten:

¹ Siehe dazu Rogoff et al. 2008: 6ff

² Die Analyse des Transmissionsmechanismus beschäftigt sich mit der Erklärung des Zusammenhangs zwischen monetären und realen Größen. Im Allgemeinen wird zwischen dem Zinskanal, dem Bankenkanal und dem Bilanzkanal unterschieden.

³ Bankenkanal

⁴ Der aus dem Nachfrageeinbruch resultierende Umsatzrückgang schwächt die finanzielle Position der Folgeperioden und erhöht den Risikoaufschlag abermals.

Literatur:

Cihák et al. (2008): From Subprime Loans to Subprime Growth) Evidence für the Euro Area. IMF

ECB (2008): The Euro Area Bank Lending Survey – October 2008. www.ecb.int/stats/money/lend/html/index.en.html

Euroframe (2008): Economic Assessment of the Euro Area. [www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2008_EUROFRAME_AUTUMN2008_34439\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2008_EUROFRAME_AUTUMN2008_34439$.PDF)

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2008): Prognose für 2009 und 2010. ProjektNr. 28491, Wien

Rogoff et al. (2008b): The aftermath of Financial Crises. American Economic Association meeting, San Francisco 2009

DOWNLOADING RISKS to the KITCHEN

Oder: Wer denkt eigentlich an die Frauen?

Sind Finanzmärkte geschlechtsneutral? Ein unkonventioneller Wechsel des Blickwinkels von der Börse zur Küche offenbart gravierende Einsichten: Das gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftssystem schafft und verstärkt Ungleichgewichte zwischen Männern und Frauen. Besonders dann, wenn es kriselt...

Von Edith Waltner

In den letzten Wochen und Monaten konnten wir sie oft betrachten, die Alt-Herren-Runden aus Finanz und Wirtschaft, die im Fernsehen die Welt erklären. Eine relativ homogene Gruppe aus weißen Männern der westlichen Welt übernimmt die Wortführerschaft um die Finanzkrise und gibt vor, die Weltwirtschaft zu verstehen und zu bestimmen. Die Finanzwelt ist einer von den nicht mehr all zu vielen übriggebliebenen Horten der Männlichkeit, in denen informelle Reglements den Zutritt bestimmen und bestehende Machtverhältnisse reproduziert werden (vgl. die Standard 1.12.2008).

A view from the kitchen...

Wer daher versucht, Finanzmärkte einmal nicht von der Warte einer Vorstandsetage oder einem Börsenhandelsraum zu betrachten, sondern so wie Diane Elson „a view from the kitchen“ (vgl. Elson 2002) unternimmt, für den/die wird sich auch der letzte Schleier scheinbarer Geschlechterneutralität lüften. Es ist bekannt, dass Frauen zwar ein Vielfaches an (unbezahlter) Arbeit leisten, trotzdem jedoch (nach Schätzung des United Nations Development Programme) weltweit nur etwa 10% der Einkommen verdienen und gar nur über ca. 1% des Vermögens verfügen. Das bedeutet, dass für Frauen die Chance, als relevante Akteurinnen auf Finanz- und Kapitalmärkten mitzumischen, nur sehr gering ist. Mehr noch: Bestehende Ungleichheiten werden durch das Finanzsystem noch verstärkt. So bieten große Kapitalsummen auf Finanzmärkten weit bessere Gewinnmöglichkeiten als kleinere Beträge. Darüber hinaus wird Einkommen aus Kapital viel geringer (bis gar nicht) versteuert im Gegensatz zu Einkommen aus Arbeit, der Haupteinkommensquelle für Frauen (vgl. Klatzer/Lukas 2002: 23). So gehören Frauen auch kaum zu den

Gewinnerinnen der steigenden Profitquote, zweifellos sind sie jedoch Verliererinnen der sinkenden Lohnquote.

Kapital macht Macht!

Die Macht des Kapitals nimmt im gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzsystem beständig zu und übt starken Einfluss auf die Politikgestaltung aus. Restriktive Budgetpolitik und Geldwertstabilität werden zu obersten Zielen der Wirtschaftspolitik erkoren und Kapitalinteressen durch institutionelle Vorkehrungen wie der Liberalisierung der Kapitalmärkte bedient. Der Spielraum für eine ausgleichende Steuerpolitik wird dagegen erheblich eingeschränkt und öffentliches Gegensteuern durch flexible Fiskal- und Geldpolitik in Zeiten von Wirtschaftsabschwüngen stark erschwert. Die von den Finanzmärkten getragene neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik verschlechtert die Situation der gesamten vermögensarmen Bevölkerung jedoch nicht gleichermaßen, sondern trifft Frauen stärker. Erstens würden Frauen aufgrund ihrer systematisch niedrigeren Einkommen besonders von steuerlichen Maßnahmen, die eine progressive Verteilungswirkung haben, profitieren. Zum zweiten sind Frauen überproportional in atypischen Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt, die durch das öffentliche Sicherheitsnetz kaum abgesichert sind und daher nur wenig Kompensation im Fall eines Jobverlustes bieten. Drittens sind Frauen aufgrund der vorherrschenden sexistischen Arbeitsteilung immer noch die Hauptkonsumentinnen öffentlicher Dienstleistungen und Transfers. Wird aufgrund von Sparmaßnahmen der öffentliche Sektor verkleinert und Leistungen gekürzt, fungieren Frauen als Sicherheitsnetz und gleichen diese durch ihre (unbezahlte) Mehrarbeit aus (vgl. Klatzer/Lukas 2002: 21).

Wer riskiert, muss nicht mutig sein...

Eine vielfach unterschlagene Variable für das Funktionieren des gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzsystems ist die unbezahlte, von Frauen geleistete Arbeit. Diese ist flexibel – je nach aktueller Wirtschaftslage – einsetzbar, wird nicht am Markt gehandelt, ist daher (vermeintlich) kostenfrei und sorgt so für ein (scheinbar) effizientes Funktionieren der Wirtschaft. Auf diese Weise kommt es zu der Situation, dass die „Risiken von liberalisierten instabilen Finanzmärkten nicht von den – fast ausschließlich männlichen – Finanzmarktakteuren und Profiteuren getragen werden, sondern von der Gesellschaft und einzelnen Individuen, insbesondere Frauen“ (Klatzer/Lukas 2002: 27). Diese gängige Praxis ist das, was Diane Elson als „downloading risks to the kitchen“ bezeichnet (Elson 2002: 28). Derzeit zeigt sich diese anhand der staatlich betriebenen Auffangpolitik für die in Schwierigkeiten geratenen Banken und Finanzintermediäre.

Bei Krisen heißt es: „Ladys first!“

Historische Erfahrungen aus Zeiten von Konjunkturkrisen belegen die benachteiligte Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Während der Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit sank in Österreich die Beschäftigung zwischen 1929 und 1932 bei Männern um 3,1%, während sie bei Frauen um drastische 19,8% fiel. Männer konnten ihre Jobs eher behalten, wurden bevorzugt angestellt und ersetzen zuvor entlassene Frauen (vgl. Head-König 1998: 193). Eine Studie über die Auswirkungen der Rezession von 1974-75 anhand von vier europäischen Ländern belegt ebenfalls eine verschärfte Arbeitssituation der Frauen. Diese seien zwar gerade in Krisenzeiten benötigt, zumeist als billige

Aushilfskräfte das Familieneinkommen aufzubessern. Gleichzeitig würden sie jedoch häufig aufgrund ihrer schwächeren Verankerung im Betrieb wegen familiärer „Pflichten“ an erster Stelle entlassen. Zusätzlich erweise sich auch die beschränkte Beschäftigungsmöglichkeit von Frauen in nur wenigen Wirtschaftsbereichen als Nachteil, sobald diese von der Krise erfasst würden (vgl. Werneke 1978). Für Österreich zeigt sich in dieser Zeit wiederum eine (geringfügig) stärker steigende Arbeitslosenrate auf Seiten der Frauen, die einerseits auf die (teilweise notgedrungene) Zunahme der Erwerbsneigung der Frauen zurückführbar ist, andererseits aber auch auf den „Export“ der Arbeitslosigkeit auf Seiten der Männer (sprich: Fremdarbeiter wurden wieder außer Landes geschickt) (vgl. Biffl 1977). In der Rezession der 1980er Jahre sind Männer zwar von einer stärkeren Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen und die männliche Arbeitslosenrate steigt zwischen 1982 und 1987 erstmals über jene der Frauen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit erweist sich jedoch bei den Frauen als schwieriger und langsamer (vgl. Biffl 1990).

Ostasienkrise: Immer mehr Arbeit

Auch während der Finanzkrise Ostasiens Ende der 1990er Jahre waren in den meisten untersuchten Ländern Frauen vorrangig von Entlassungen betroffen. Die International Labor Organisation stellt beispielsweise für den koreanischen Arbeitsmarkt fest, dass weibliche Erwerbstätige durch männliche, ältere Arbeitnehmerinnen durch jüngere, und ArbeitnehmerInnen in regulären Arbeitsverhältnissen durch solche in prekären Beschäftigungsformen ersetzt wurden (vgl. Singh/Zammit 2000: 1259). Allerdings waren sinkende Löhne und mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten nicht die einzigen negativen Auswirkungen, welche die Finanzkrise für Frauen bereithielt. In den Philippinen wurden vor allem Mädchen frühzeitig aus der Schule genommen, vielerorts musste eine Zunahme von Kinderarbeit und Prostitution festgestellt werden (Lim 2000: 1301).

Während Lebensmittelpreise stiegen und die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme sanken, brachten so genannten Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank zusätzliches Unheil. Diese beinhalteten die Verpflichtung zu einer Reduktion von Sozialausgaben, einer Einführung von Gebühren für vormals kostenlose staatliche Leistungen wie Gesundheit oder Bildung sowie die Kürzung von Beihilfen für Lebensmittel, Transport, etc. (Singh/Zammit 2000: 1260). So kam es unabhängig davon,

ob in den Ländern Asiens Frauen oder Männer an erster Stelle entlassen wurden, zu der Situation, dass Frauen vermehrt in den Arbeitsmarkt eintreten (mussten) und gleichzeitig auch das unbezahlte Ausmaß an Arbeit stieg, mit dem Frauen die Auswirkungen der Krise ausglich (Aslanbeigui/Summerfield 2001: 13). Übertroffen wurde diese Arbeitsbelastung noch von der Erwartungshaltung, dass Frauen für ihre Familien stark sein müssten und auch noch Folgen wie Depressivität und Aggressivität bei ihren Männern in Folge eines Jobverlustes oder Konkurses abfangen sollten. In Korea gab es diesbezüglich die skurril anmutende Kampagne mit dem Slogan „Get Your Husband Energized“, der sich an die koreanischen Ehefrauen richtete. Umgekehrt wurde für diese eine derartige Unterstützung durch ihre Ehemänner nicht für notwendig befunden (Singh/Zammit 2000: 1260).

Keynesianismus für die Männer, Neoliberalismus für die Frauen?

In der aktuellen Finanzkrise ist – dem Himmel sei Dank – plötzlich keine Rede mehr von Krisenbewältigung nach neoliberalen Rezept. Nicht eisernes Sparen und Privatisierung steht an der Tagesordnung, sondern es ist viel mehr von einer „Sozialisierung“ der Verluste und einer Re-Regulierung der Finanzmärkte die Rede. Regierungen garantieren Sicherheiten für Bankeinlagen im großen Stil und schnüren Konjunkturprogramme, die sich zumindest sehen lassen können. Aber welcher Teil des Arbeitsmarktes wird stimuliert und welche Industriezweige gefördert? Es sind wieder nur die Männer, an die gedacht wird, kritisieren die Ökonominnen Gudrun Biffl und Gabriele Michalitsch das österreichische Konjunkturprogramm. Anstatt nur viele Millionen Euro für die Sanierung von Straßen, Bahnen und Bauten auszugeben, wäre es, den beiden Forscherinnen zufolge, notwendig, auch die soziale Infrastruktur zu fördern. Gerade in Bereichen wie Kinder- und Altenbetreuung sowie Pflege wäre der Bedarf dafür gegeben. Dies würde nicht nur regionale Beschäftigung schaffen, sondern auch Frauen zu mehr zeitlicher und örtlicher Mobilität verhelfen und auf diese Weise die Chance geben, sich stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Problematik des deregulieren Arbeitsmarktes in Form von atypischer Beschäftigung, die überwiegend Frauen betrifft und für die massiven Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen verantwortlich ist, bleibt im Maßnahmenpaket der Regierung jedoch ebenfalls völlig unberücksichtigt. Dabei sollte eine emanzipatorische Teilhabe der (immer besser ausgebildeten) Frauen Ziel ei-

ner jeden sozial- und fortschrittsorientierten Gesellschaft sein. Gudrun Biffl trifft diesbezüglich den Nagel auf den Kopf: „Alle sagen immer, das ist Frauenpolitik. In Wirklichkeit ist es Gesellschaftspolitik.“ (vgl. Nimmervoll 2009)

Edith Waltner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie

Literatur:

- Aslanbeigui, N./Summerfield, G.** (2000): The Asian Crisis, Gender, and the International Financial Architecture. In: *Feminist Economics*, Vol. 6, No. 3, 81-103.
- Biffl, G.** (1977): Der Einfluss der Konjunktur auf die Struktur der Arbeitslosigkeit in Österreich. In: *Wifo Monatsberichte*, Nr. 2, 55-62.
- Biffl, G.** (1990): Konjunktur und Arbeitsmarkt – was hat sich geändert? In: *Wifo Monatsberichte* Nr. 4, 194-200.
- dieStandard** (o.A.) (2008): Neues aus Alt-Herren-Runden. Kommentar vom 1.12.2008. Unter: <http://www.diestandard.at> [3.12.2008]
- Elson, D.** (2002): International Financial Architecture: A View from the Kitchen. In: *femina politica*, No. 1, 26-37.
- Head-König, A.-L.** (1998): Women and the Labour Market in Times of Crises: The Cases of Switzerland and Austria in the Interwar Years. In: Myllyntaus, Timo (Hg.): *Economic Crises and Restructuring in History. Experiences of Small Countries*. St. Katharinen, 183-203.
- Klatzer, E./Lukas, K.** (2002): Ein feministischer Blick auf die Finanzmärkte. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 19-31.
- Lim, J. Y.** (2000): The Effects of the East Asian Crisis on the Employment of Women and Men: The Philippine Case. In: *World Development*, Vol. 28, No. 7, 1285-1306.
- Nimmervoll, L.** (2009): Es hat niemand an die Frauen gedacht. In: *Der Standard*, Printausgabe, 5.1.2009.
- Singh, A./Zammit, A.** (2000): International Capital Flows: Identifying the Gender Dimension. In: *World Development*, Vol. 28, No. 7, 1249-1268.
- Werneke, D.** (1978): The economic slowdown and women's employment opportunities. In: *International Labour Review*, Vol. 117, No. 1, 37-52.

Globales Unwetter auch im Süden?

Die hausgemachte Krise des Nordens schien zunächst die Finanzsysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verschonen. Das Kasinosystem existiert dort nicht oder nur embryonal. Mit der Rezession des Nordens zeigen sich nun die Auswirkungen der Krise auch im Süden immer deutlicher.

Von Laura Mader

Seit Ausbruch der Mexikokrise 1994 kam es zu einer dramatischen Serie von Finanz- und Wirtschaftskrisen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Bislang traten Krisen im Süden häufiger als im Norden auf, dauerten meist länger an und hatten gravierendere soziale Folgen. Die „Südkrisen“ hatten Gemeinsamkeiten: Die vorangegangene Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte sowie deren politische Folgen, insbesondere die Unterminierung geld- und fiskalpolitischer Steuerungsmechanismen, beides unter Führung von IWF und Weltbank. Solange die Krisen in der Peripherie den Norden nicht anzustecken drohten, wurden auch breitere öffentliche Debatten in den Zentren des globalen Kapitalismus - wie man/frau sie zur Zeit verfolgen kann - über die Risiken liberalisierter Finanzmärkte und Reformen der internationalen Finanzarchitektur nur eingeschränkt geführt.

Im Sog der Krise

Wie schwer die gegenwärtige Krise einzelne Entwicklungs- und Schwellenländer wirklich treffen wird, ist derzeit schwer abzusehen und hängt von den länderspezifischen Situationen ab. Da die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer kaum im globalen Bankenkasino mitgespielt haben, spielen Krisenprodukte wie Derivate in vielen Entwicklungsländern keine bedeutende Rolle. Als Kreditkrise hatte die gegenwärtige Finanzkrise jedoch unmittelbar zur Folge, dass unter Stress geratene Finanzinstitute der Industrieländer Kapital aus den Entwicklungs- und Schwellenländern abzogen, um Liquidität zu erlangen. Die Länder der südlichen Halbkugel - sofern sie überhaupt als Anlageziele für kurzfristiges Kapital interessant waren - konnten dies zunächst allerdings recht gut verkraften. Um sich gegen die spekulativen

Attacken auf die heimische Währung zu schützen, wurden in vielen Staaten Asiens und Lateinamerikas seit der Asienkrise in großem Umfang Devisenreserven angehäuft (vgl. Krüger 2008:114). Klar ist, dass die bereits eingesetzte Rezession die Exportmärkte einer Reihe von Ländern stark treffen wird. Dies betrifft ExporteurInnen von Fertigwaren; dramatischer aber noch Staaten, die in den letzten Jahren in großem Umfang von hohen Preisen für Energie, mineralische und agrarische Rohstoffen profitiert haben (z.B. Sambias Kupfer oder Argentinien's Soja).

Eine Folge der Finanzkrise sind auch abnehmende Finanztransfers aus Industrieländern in Entwicklungsländer durch den Rückgang von Überweisungen von MigrantInnen (Remittances). Diese stellen gerade für ärmere Länder eine wichtige Deviseneinnahmequelle dar. Bereits jetzt sind die Überweisungen aus den USA nach Mexiko, El Salvador und Honduras gesunken. In seiner letzten Prognose hat der IWF jedenfalls seine Wachstumserwartungen für Schwellen- und Entwicklungsländer insgesamt nach unten korrigiert. Dabei bleibt allerdings trotz (oder gerade wegen der Finanzkrise im Norden) das bisherige Wachstumsmuster, bei dem der Süden insgesamt deutlich höhere Raten aufweist als der Norden, im Prinzip erhalten, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den letzten 5 Jahren (vgl. IWF 2008:2).

Subsahara Afrika - lebensbedrohende Fremdwirkungen

Da die meisten Länder Subsahara Afrikas kaum in die internationalen Finanzmärkte integriert sind, besteht über diesen Kanal auch wenig Ansteckungsgefahr. Zwar zeichnen sich auch schon an den - mit Ausnahme Südafrikas - rudimentären Finanzmärkten Krisenscheinungen ab: Die nigerianische Bör-

se brach um 30% ein, um den Kapitalabfluss zu stoppen mussten viele Länder die Zinsen erhöhen. Da afrikanische Unternehmen aber sowieso kaum Kredite erhalten, sind sie von der Kreditverknappung auch relativ wenig betroffen. Die Finanzkrise schlägt sich in dieser Region vielmehr durch Verknüpfungseffekte mit den Konsequenzen der anderen Krisen des globalen Kapitalismus nieder: der Nahrungsmittelkrise, der Energiepreiskrise und der Klimakrise. Wirtschaftliche Schwankungen schlagen sich direkt auf die Bevölkerung durch, die am - beziehungsweise unter dem Existenzminimum lebt. Wie in vielen betroffenen Entwicklungsländern führen vor allem auch in Afrika die Kapitalabflüsse zu Abwertungen der Währungen, wodurch sich Importe verteuern. Der momentane Rückgang des Anstiegs der Nahrungsmittelpreise wird u.a. durch die Abwertungen nicht bei den KonsumentInnen ankommen und die Hungerzahlen steigen nach wie vor an. Der erneute Preisverfall für metallische Rohstoffe und Mineralöl führt zum Rückgang öffentlicher Einnahmen und bedroht so die dringend notwendigen Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Diese Faktoren betreffen zwar in erster Linie den Weltmarkt integrierten Sektor, sie werden aber kaum von traditionellen Netzwerken und Subsistenzwirtschaft aufgefangen werden können (vgl. Goldberg 2009:3).

Gedämpfte Schockwellen in Lateinamerika

Das synchrone Muster der Krise der Entwicklungs- und Schwellenländer zeichnet sich auch in vielen lateinamerikanischen Staaten ab: Ausländisches Kapital wird abgezogen, Börsenkurse fallen, Kosten der Fremdfinanzierung schnellen in die Höhe, Währungs- und Rohstoffmärkte sind starken Schwankungen unterworfen, Einnahmen aus

Rohstoffexporten brechen ein. Das Ausmaß der Betroffenheit der meisten lateinamerikanischen Länder scheint dennoch geringer als bei früheren Währungs- und Finanzkrisen zu sein. Zunächst einmal war die Involvierung lateinamerikanischer Banken in das „innovative“ Derivategeschäft relativ unbedeutend und der Finanzstrom in den letzten Jahren – außer in Brasilien und Kolumbien – eher gering. Zusätzlich wirken auch in Lateinamerika die großen Devisenpolster dämpfend. Resistenter gegenüber externen Schocks scheinen vor allem jene südamerikanischen Länder zu sein, welche die deutlichste Abkehr von neoliberalen Maximen vollzogen haben und/oder solche, die mit der US Ökonomie am wenigstens verflochten sind – jedoch gefährdet auch hier die Krise die Erfolge der Armutsbekämpfung der vergangenen Jahre. Dem gegenüber sind Mexiko und Länder Zentralamerikas von massiveren Exporteinbrüchen und einem starken Rückgang von Remittances aus den USA betroffen (vgl. CEPAL 2008, Boris 2008).

IWF: Wieder im Geschäft?

Die aktuelle Finanzkrise übersteigt zunächst schon von ihrer globalen Dimension her die finanzielle Interventionskapazität des IWF. Der neuerlichen Krisenmanagementaktivität des Fonds gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern (dabei ist er aus den ärmsten Ländern nie wirklich verschwunden) scheinen aber auch aus anderen Gründen Grenzen gesetzt. Der „Hüter der internationalen Finanzmarktstabilität“ befindet sich in einer bedrohlichen Legitimationskrise. Inzwischen gilt es für die ehemaligen asiatischen und südamerikanischen Krisenländer als grundsätzliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung, sich dem neoliberalen Diktat des IWF zu entziehen. Vor allem die Länder Asiens und Lateinamerikas setzen auf regionale Institutionen und Arrangements, die Funktionen von IWF und Weltbank übernehmen können. Dazu gehören die Chiang-Mai-Initiative, die in Asien durch eine verbesserte Kooperation der Zentralbanken neue Finanzkrisen verhindern soll, sowie die Bank des Südens (Banco del Sur), die 2007 in Lateinamerika gegründet wurde, um Länder dieser Region mit günstigen Krediten zu versorgen. Auch wurde auf Initiative Venezuelas hin mit der Entwicklung eines Fondo Latinoamericano de Reservas (FLAR), eine Art südamerikanischer Währungsfonds, begonnen. Außerdem löst sich die klassische Rollenverteilung zwischen den Geberländern des Nordens und den Empfängerländern des Südens immer mehr auf. Das bedeutet natürlich



nicht, dass sich ein Niedergang der Bretton-Woods-Institutionen abzeichnet (vgl. Setton 2008: 54). Die jüngsten Kreditvergaben an Ungarn, Ukraine und Pakistan, welche an die klassischen Auflagen der Haushaltskonsolidierung gebunden sind, lassen bereits Erinnerungen an das katastrophale Fehlmanagement der Asienkrise wachwerden.

DOHA:

Nach der Konferenz ist vor der Konferenz

Im Zeichen (oder Schatten) der Finanzkrise fand vom 29. November bis 2. Dezember 2008 in Doha (Katar) die zweite UN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz statt, die erste wurde 2002 im mexikanischen Monterrey abgehalten. Damals ging es darum, Auswege aus den permanenten Finanzkrisen vieler Länder des Südens zu finden. Neben Problemen der Entwicklungsfinanzierung wurden dort auch systematische Fragen der internationalen Finanzarchitektur zur Debatte gestellt. Dabei hat sich die Situation seit Monterrey dramatisch verändert. Die privaten Kapitalströme in den Süden stiegen auf immer neue Rekordniveaus. Portfolioinvestitionen und kurzfristige Privatkredite sind hochvolatil und konnten so durch die Verschärfung der Krise auf den Finanzmärkten relativ schnell abgezogen werden. Der Anstieg der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) war in den letzten Jahren mehr virtuell denn real – die Steigerung gelang nur durch die Anrechnung von Schuldenerlässen (vgl. Martens 2008:7). Angesichts der mangelnden Umsetzung der globalen Entwicklungsziele wäre es wichtig gewesen, dass die Doha Konferenz die bisherigen Entwicklungen nicht nur nachzeichnet, sondern konkrete Maßnahmen beschließt. Insofern ist die Konferenz gescheitert: Zusage für höhere Entwicklungshilfegelder bleiben vage Formulierungen, der internationale

Trend geht bereits in Richtung Kürzungen der ODA Mittel. Das wichtigste Ergebnis bleibt der Beschluss für die Durchführungen einer UN Konferenz über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer. Diese Entscheidung ist durchaus von Bedeutung, denn damit wird die internationale Bearbeitung der globalen Finanzkrise nicht allein der Interessenspolitik der G20 überlassen, in deren Rahmen undemokratische Institutionen wie IWF und Weltbank unangetastet bleiben. Ansonsten bleibt zu hoffen, dass immer mehr Länder in Form einer Süd-Süd Kooperation zur Selbsthilfe greifen.

Laura Mader studiert Volkswirtschaftslehre an der WU und Internationale Entwicklung an der Uni Wien

Literatur:

- Boris, D.** (2008): Lateinamerika und die globale Finanzkrise In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg
- CEPAL** (2008): El peso de la crisis recaerá sobre los sectores de menos ingresos. (Informe)
- Goldberg, J.** (2008): Subsahara-Afrika im Sog der globalen Finanzkrise, In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg
- IWF** (2008): World Economic Outlook, Update. November 2008
- Krüger, L.** (2008): „Finanzmärkte und Entwicklung“, In: (Kübelböck/Staritz Hg.) Asienkrise- Lektion gelernt? VSA Verlag, Wien
- Martens, J.** (2008): „Die Doha Konferenz im Schatten der globalen Finanzkrise“. , In: (ÖFSE Hg.) Financing for Development. Südwind Verlag, Wien
- Setton, D.** u.a. (2008): WTO-IWF-Weltbank, die „unheilige“ Dreifaltigkeit in der Krise. VSA Verlag, Hamburg

Geldpolitik in Extremis

Die Zentralbanken als Krisenfeuerwehren

Die Finanzkrise hat Zentralbanken verstärkt in den Fokus des öffentlichen und medialen Interesses gerückt. Sie nehmen eine gewichtige Rolle beim Versuch der Krisenbewältigung ein. Welche traditionellen und innovativen Maßnahmen werden von den Notenbanken zur Krisenbekämpfung durchgeführt? Und welche Gefahren birgt die Krise für eine effiziente Geldpolitik?

Von Ulrich Lengauer und Ronald Heinz

Seit Beginn der Finanzkrise haben Zentralbanken eine herausragende Rolle in der Krisenbekämpfung eingenommen. Galt es zunächst Liquiditätsengpässe auf den Finanzmärkten zu beseitigen, so hat sich mittlerweile die Stabilisierung der Kreditvergabe an Unternehmen als zentrales Problem herauskristallisiert. Auch die seit Ausbruch der Krise angespannte Vertrauenslage auf den Geldmärkten konnte bislang nicht entscheidend verbessert werden. Die Wiederherstellung des Vertrauens ist für das Funktionieren von Finanzmärkten jedoch von entscheidender Bedeutung.

Als im Sommer 2008 zunehmend Finanzinstitute vom Zusammenbruch bedroht waren, waren es aber doch wieder die nationalen Regierungen, die sich zum Auffangen systemrelevanter Institute durchringen mussten. Und es war auch eine politische Entscheidung, die zu einer dramatischen Verschärfung der Krise geführt hat: Dass die Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 schließlich Konkurs anmelden musste, folgte auf die Weigerung des US-amerikanischen Finanzministeriums, die Bank mit Steuergeldern zu retten. Dennoch bleiben Notenbanken wichtige Akteuren in der Krisenbekämpfung. Ihr weiterer geldpolitischer Kurs wird für die fiskalische Bewältigung der Kosten des Krisenmanagements von eminenter Bedeutung sein. Was aber sind konkrete geldpolitische Maßnahmen, die Zentralbanken zur Krisenbekämpfung durchführen?

Zinssatz- und Liquiditätssteuerung

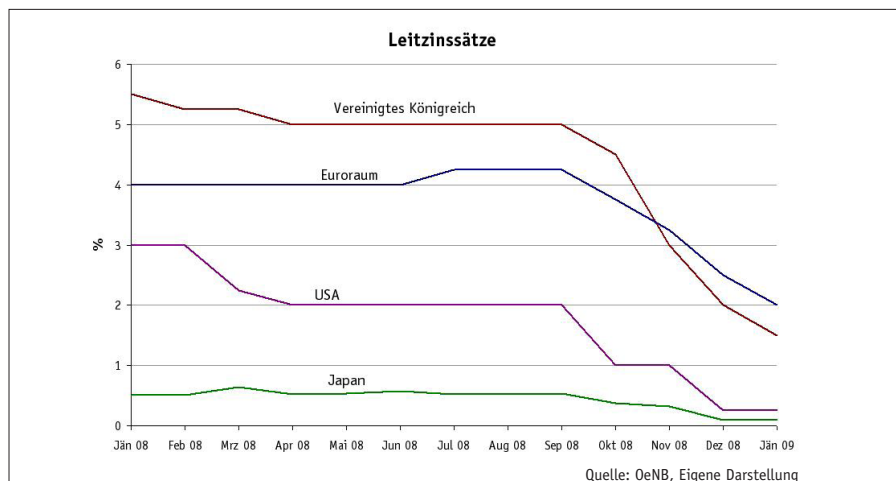
Die wichtigsten geldpolitischen Instrumente der Notenbanken sind die Steuerung der Zinssätze und die Bereitstellung von Liquidität in ihrer Funktion als „Lender of Last Resort“. Wie untenstehende Grafik zeigt, waren vor

allem die amerikanischen NotenbankInnen bereit, die Zinssätze rasch und deutlich zu senken. Mittlerweile gibt es für die FED (bei einem Zinssatz zwischen 0 % und 0,25 %) de-facto keinen Spielraum mehr nach unten. Die EZB hingegen erhöhte die Leitzinssätze im Juli 2008 sogar noch – am Vorabend der bisher verheerendsten Ereignisse der Krise. Die Bank of England (BOE) verhielt sich zunächst abwartend und senkte die Zinssätze nur zögerlich. Erst am 8. Oktober 2008 entschlossen sich die EZB und die BOE mit anderen führenden Zentralbanken einen markanten und global akkordierten Zinsschritt durchzuführen (vgl. EZB 2008). Mittlerweile stehen die Zinssätze bei 2,0 % (EZB) bzw. 1,5 % (BOE). Sogar die Bank of Japan (BOJ), deren Zinssätze nach der Deflationsphase in den letzten Jahren des 20. und in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts ohnehin nicht über der Nullgrenze lagen, senkte schließlich die Zinsen auf nunmehr 0,10 %.

Auch bei den für die (Finanz-)Märkte wichtigen Liquiditätsspritzen (in Form von – zumeist kurzfristigen – Notenbankkrediten) reagierten die Zentralbanken relativ schnell.

Die EZB etwa stellte den Geldmärkten bereits im Sommer 2007 128 Milliarden Euro zur Verfügung. Ähnliche große Liquiditätszuschüsse, teilweise im Rahmen akkordierter Aktionen mit anderen Zentralbanken, wurden in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Während die BOE zunächst nicht reagierte, folgte die FED dem europäischen Beispiel rascher und versorgte die Märkte ebenfalls mit frischem Geld (vgl. Bayne 2008).

Die Notenbanken sahen sich sogar gezwungen den Zugang zu Zentralbankliquidität zu verbreitern und zu erleichtern. Der Kreis der AkteurInnen, der Zugang zu den Fazilitäten der Zentralbanken hat, wurde ausgeweitet. Zu Anpassungen kam es etwa auch bei den von den Banken zu hinterlegenden Sicherheiten und bei den Laufzeiten (vgl. Crespo-Cuaresma und Gnan 2008). Das war insofern notwendig, als Notenbanken auf funktionierende Finanzmärkte angewiesen sind. Funktioniert der geldpolitische Transmissionsmechanismus nämlich nicht, dann leidet auch die Effektivität der Geldpolitik. Derzeit zeigt sich die eingeschränkte Funktionalität dieses Mechanismus beispiels-



weise daran, dass die Kreditzinssätze von den Kommerzbanken nicht in dem von den NotenbankInnen gewünschten Ausmaß gesenkt werden. Umgekehrt sind die Kommerzbanken auf die von den Notenbanken zur Verfügung gestellte Liquidität angewiesen, insbesondere wenn der Markt für Interbankkredite austrocknet. Die Spannungen am Interbankenmarkt, die im Euroraum darin zum Ausdruck kommen, dass Kommerzbanken vermehrt Geld bei der EZB horten, sind Ausdruck mangelnden Vertrauens der Banken untereinander. Banken mit Überschussliquidität verhalten sich risikoavers. Sie begnügen sich mit der niedrigeren Verzinsung im Rahmen der Einlagenfazilität, anstatt das Geld am Interbankenmarkt zu höheren Zinssätzen zu verleihen. Eine der Folgen dieser knapp skizzierten Probleme kann eine „Kreditklemme“ sein, die zu entsprechenden negativen Effekten für die Realwirtschaft führt. In Österreich gibt es diesbezüglich bereits erste Anzeichen. Unternehmen, allen voran KMU, klagen zunehmend darüber, keine Kredite zu bekommen. Und auch die Oesterreichische Nationalbank rechnet mit einer Abschwächung des bis zuletzt hohen Wachstums der Unternehmenskredite. (vgl. Waschiczek 2008)

Geldpolitik an der Nullgrenze

Über welche geldpolitischen Möglichkeiten verfügen Notenbanken nun, wenn die Leitzinssätze an der sogenannten Null(zins)grenze angelangt sind? Das äußerst niedrige Zinsniveau („Nullzinspolitik“) ist Ausdruck einer entschlossenen Geldpolitik, mit deren Hilfe dem Finanzsektor einerseits ausreichende und möglichst kostengünstige Liquidität zur Verfügung gestellt und andererseits deflationären Tendenzen Vorschub geleistet werden soll. Während Notenbanken im Allgemeinen ein möglichst stabiles Preisniveau anstreben, d.h. sowohl inflationäre als auch deflationäre Tendenzen bekämpfen, so wird Deflation gemeinhin als problematischer angesehen. Das geldpolitische Instrument der Zinssatzsteuerung wird an der Nullgrenze wirkungslos, da die Nominalzinsen (in Abwesenheit einer Steuer auf Bargeld) nicht negativ werden können. Während inflationären Entwicklungen daher theoretisch mit unbegrenzten Leitzinserhöhungen begegnet werden kann, können die Leitzinsen im Zuge deflationärer Tendenzen praktisch nur bis Null gesenkt werden.

Credit Easing versus Quantitative Easing

Als der Offenmarktausschuss der US-Notenbank am 16.12.2008 beschloss, seinen

Hauptleitzinssatz (die Federal Funds Rate) auf eine Bandbreite von 0 bis 0,25 % zu senken, rief das umgehend Erinnerungen an die Nullzinspolitik der Bank of Japan wach. Diese hatte angesichts von sinkenden Verbraucherpreisen und Turbulenzen im japanischen Bankensystem Anfang 1999 eine Nullzinspolitik eingeleitet, die - abgesehen von einer kurzen Unterbrechung - bis 2006 beibehalten wurde. 2001 implementierte sie darüber hinaus eine Strategie der „quantitativen Lockerung“ („quantitative easing“). Dies entspricht einer Ausweitung der Geldmenge bzw. einer Verlängerung der Passivseite der Zentralbankbilanz. Als Zielgröße dieser unkonventionellen geldpolitischen Strategie fungierten dabei die (Überschuss-)Reserven der Kommerzbanken bei der BOJ, die auch sukzessive anstiegen. Der Ausweitung der Passivseite der Zentralbankbilanz via Geschäftsbankenreserven standen auf der Aktivseite Zukäufe von Staatsanleihen gegenüber. Die BOJ behielt diese Strategie der quantitativen Lockerung bis 2006 bei. Der Erfolg dieser geldpolitischen Maßnahmen ist in der Literatur zwar umstritten, aber ihnen wird gemeinhin zugerechnet, dass die langfristigen Renditen gesenkt und damit eine Abflachung der Zinskurve erreicht werden konnte.

Der gegenwärtige geldpolitische Kurs der US-Notenbank weist zwar Ähnlichkeiten mit dem von der BOJ verfolgten Ansatz der quantitativen Lockerung auf, unterscheidet sich FED-Gouverneur Ben Bernanke (2009) zufolge aber konzeptuell von diesem. In Abgrenzung zu „quantitative easing“ bezeichnet er die FED-Politik als „credit easing“, einer „Kredit-Lockerung“. Gemeinsam ist beiden Ansätzen eine Ausdehnung der Zentralbankbilanz. Anders als die BOJ, die vor allem auf die Reserven der Geschäftsbanken fokussierte und der Aktivseite ihrer Bilanz wenig Aufmerksamkeit schenkte, stellt die FED die Zusammensetzung der Aktivseite ihrer Bilanz in den Mittelpunkt ihrer Strategie. Dabei geht es um einen geeigneten Mix aus Wertpapieren und Krediten, welche die FED in ihren Büchern hält, und darum, wie deren Zusammensetzung die Kreditbedingungen für private Haushalte und Unternehmen beeinflusst. Diese von der FED implementierte Kredit-Lockerung umfasst drei Elemente: Kreditvergabe an Finanzinstitutionen, Bereitstellung von Liquidität in wichtigen Kreditmärkten sowie Ankauf von langfristigen Wertpapieren. Mit der Umsetzung dieses Maßnahmenbündels möchte die FED erreichen, dass sich die Zinssätze verringern und die Kreditbedingungen auf den Märkten entspannen – obwohl die Leitzinsen nahe der Nullgrenze liegen.

Resümee

Eine abschließende Beurteilung der geldpolitischen Entscheidungen wird erst nach dem Abebben der Krise möglich sein. Die beschriebenen „easing“-Programme der FED und der BOJ lassen jedoch darauf schließen, dass Zentralbanken auch an der Nullgrenze noch genügend geldpolitische Instrumente zur Verfügung haben. Mitentscheidend für deren Wirksamkeit und folglich für das Verhindern einer Kreditklemme wird aber das Wiederherstellen des gegenseitigen Vertrauens der Finanzinstitute sein. Aber schon jetzt drängt sich die Frage auf, ob ein so eng definiertes Mandat wie jenes der EZB eine krisengerechte Geldpolitik sicherstellen und letztlich die sozialen Kosten einer Krise minimieren kann. Andere Zentralbanken, allen voran die FED, verfolgen auch Wachstums- und Beschäftigungsziele. Eine Ausweitung des Mandats der EZB scheint aber nach wie vor nicht Bestandteil eines breiten wirtschaftspolitischen Diskurses zu sein.

Obige Betrachtung hat jedenfalls gezeigt, dass den Notenbanken in der aktuellen wirtschaftlichen Situation die Rolle von Krisenfeuerwehren zukommt. Es gilt wieder einmal auszurücken und eine der dem Kapitalismus inhärenten Krisen zu bewältigen. Ob das Löschanöver gelingen wird, bleibt abzuwarten. Aber auch im Erfolgsfall würde sich an den diesen Krisen zugrunde liegenden strukturellen ökonomischen und politischen Ungleichheiten und den damit verbundenen Interessensgegensätzen nichts ändern.

Ulrich Lengauer und Ronald Heinz studieren Volkswirtschaftslehre an der WU

Literatur:

- Bayne, N.** (2008): Financial Diplomacy and the Credit Crunch. In: Journal of International Affairs. Herbst 2008
- Bernanke, B.** (2009): The Crisis and the Policy Response. Speech at the Stamp Lecture, London School of Economics, London, 13. 1. 2009
- Crespo-Cuaresma, J.** und Gnan, E. (2008): Vom Umgang mit Finanzmarktinstabilität: Vier geldpolitische Strategien im Vergleich. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q3/08, OeNB, S. 69-109
- EZB** (2008): Geldpolitische Beschlüsse. Pressemitteilung, 8. Oktober 2008, (<http://www.ecb.int/press/pr/date/2008/html/pr081008.de.html>, 17.1.2009)
- Waschiczek, W.** (2008): Gibt es Hinweise auf eine Kreditklemme in Österreich? In: Geldpolitik & Wirtschaft Q4/08, OeNB, S. 40-57

Bauen auf Trümmern

Die Europäische Union ist aus der politischen und wirtschaftlichen Ruine der Nachkriegszeit entstanden. Ihr Fundament ist durch und durch neoliberal. Gelingt es ihr nun der Krise des Neoliberalismus standzuhalten?

Von Bert Azizoglu

Seit 5. Juli 2004 läuft das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (VüD) gegen Ungarn. Gegenwärtig wird verlangt, dass die öffentlichen Finanzen dieses Landes trotz der desaströsen sozioökonomischen Bedingungen bereits im Laufe des Jahres 2009 wieder im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) konsolidiert sein sollten (Europäische Kommission (2009): www). Am 18. September 2008 forderte die Europäische Kommission die polnische Regierung auf die Beschränkungen für Pensionsfonds aufzuheben, außerhalb der Staatsgrenzen Kapitalinvestitionen zu tätigen (Europäische Kommission (2008): 1). Beide Maßnahmen liegen ganz im Sinne der legislativen Vorgaben und der Vollziehungstradition der EU. Insofern sind sie fast unscheinbar. Jedoch geben sie wichtige Signale hinsichtlich der Krisentauglichkeit Europas...

Der historische Kontext

Zur Rekapitulation: die heutige EU ist aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstanden. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration stand seit jeher in ihrem Kern. Dies drückte sich teils in einer höchstgradig regulierenden Politik (wie im Falle der EURATOM), teils in einer weitestgehend neoliberalen Politik (wie im Falle der EWG) aus. Inzwischen ist der EGKS-Vertrag ausgelaufen und der Neoliberalismus dank der Vollziehung durch die Europäische Kommission bzw. der Auslegung des EuGH zur Maxime supranationaler europäischer Politik geworden. Aus den Ruinen der Nachkriegszeit ist im Laufe der Jahrzehnte dadurch ein neoliberales Gebäude entstanden...

Tiefe Risse

Dieses Gebäude muss nun seit mehreren Jahren starke Beben aushalten. Der langatmige, jedoch erfolglose Ratifizierungsprozess der Verfassung bzw. des Vertrages von Lissabon war eines dieser Beben. Die stockenden Erweiterungsbemühungen ein weiteres. Jedoch verursachen die Finanzkrise und die nun darauffolgende Rezession sicherlich die größten Schocks. Ein Vorbote dieser Schocks waren die unmittelbaren Reaktionen auf die Finanzkrise in Europa. Während in den USA rasche und dramatische Maßnahmen ergriffen wurden, blieben in Europa die ersten Reaktionen bescheiden, unkoordiniert und vor allem auf nationalstaatlicher Ebene. Ein wesentlicher Faktor dabei war die Haltung Deutschlands, was auch von der anderen Atlantikküste her kritisiert wurde (bspw. Krugman (2008): www). Wie sich bald danach herausstellen sollte, teilen sich die internationalen Finanzmärkten nicht nur die Gewinne, sondern auch die Verluste. In Europa waren Großbritannien und Spanien schon seit dem Platzen der Immobilienblase und Ungarn aufgrund seiner ungünstigen makroökonomischen Verfassung am stärksten betroffen. Im Laufe des letzten Jahres vertiefte sich die Finanzkrise und breitete sich auf die Realwirtschaft aus. Heute steht europaweit die Politik vor den Trümmern der Investmentbanken und versucht durch höchst „innovative“ Maßnahmen die traumatisierte Bankenlandschaft zu retten bzw. mit keynesianischer Wirtschaftspolitik die Konjunktur anzukurbeln. Unter diesen Rahmenbedingungen lässt sich fragen, ob die Europäische Union diesen europaweiten Schock absorbieren kann. Europäische Institutionen wie die Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) liefern zahlreiche Ansatzpunkte für eine grobe Analyse der Thematik.

Neoliberalismus in EuGH-Urteilen und Kommissionsberichten

Obwohl im Laufe der Entwicklung der Europäischen Union viele Krisenphasen durchlebt werden mussten, ist im Europarecht bzw. in der europäischen Vollziehung wahrlich wenig davon zu merken. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass von einem statischen neoliberalen Idealbild des Wirtschaftssystems ausgegangen wird. In den EuGH Urteilen und den Kommissionsberichten zu staatlichen Sonderbeteiligungen an Unternehmen (den sog. Golden Shares) ist dies eindeutig ersichtlich. Es wird dabei stets angenommen, dass der öffentliche Einfluss auf die Wirtschaft in vielen Fällen zu negativen Verzerrungen der Ressourcenallokation führt (Europäische Kommission (2005): 9). Demnach ist der Markt das zentrale Medium, das eine effiziente Ressourcenverteilung ermöglicht (Europäische Kommission (2005): 10ff). Da privatwirtschaftliche AkteureInnen bei ihren Entscheidungen stets auf die Wirtschaftlichkeit achten, solle ihnen dementsprechend auch freie Fahrt gewährt werden. Der Staat hingegen agiere nicht primär nach Wirtschaftlichkeitsmotiven, daher können seine Interventionen in den Markt ineffizient und (wirtschaftlich) unerwünscht ausfallen (EuGH, verbundene Rs. C-282/04 und Rs. 283/04, Slg. 2006, I-9141, Rn 28 und 30). Seine Eingriffe seien nur dann gerechtfertigt, wenn „zwingende Gründe des Allgemeininteresses“ (dazu folgt genaueres) dies erfordern. Diese neoliberalen Verhaltensannahmen bieten wenig Raum für legitime systemische Konzeptionen der Wirtschaft abseits der genannten Ideologie. Ökonomische Krisen, deren Grund die Privatwirtschaft ist, können in diesem Sinne nur Ausnahmen sein, die auf unmoralische Handlungen einzelner Akteure bzw. Gruppen zurückzuführen sind. So erklärt

Charlie McCreevy, Kommissar für den Binnenmarkt, dass Akteure des Finanzmarktes Trottel („fools“) gewesen sind, die nicht genau verstanden was sie taten (McCreevy (2008): 2). Dass unvernünftige Investoren die Krise verursacht haben, ist sicherlich nicht ausreichend für eine nachhaltige Bekämpfung bzw. Vermeidung von Krisen. Gibt es jedoch Anzeichen für eine positive Entwicklung der Lernkurve von europäischen Institutionen?

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Kapitalverkehrsfreiheit und das Beihilfenrecht

In der Einleitung wurden zwei wirtschaftspolitisch relevante Beispiele aus den aktuellen Pressemeldungen der Kommission und dem Rat gegeben. Im ersten Beispiel ging es um den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP). Dieser ist das fiskalpolitische Korsett, das die EU den Mitgliedsstaaten aufzwingt. Obwohl die EU in Bezug auf die Fiskalpolitik keine direkten Kompetenzen hat, gelang es ihr über den Umweg der Geldpolitik Einfluss auf die Budgets der Mitgliedsstaaten auszuüben. Das grundlegende Argument für den SWP war, fiskalpolitische Stabilität und Konvergenz zu schaffen, um die Stabilität des Euros zu gewährleisten. Als Hauptargument neben der Preisniveaustabilität wurden häufig die langfristige Alterung der europäischen Gesellschaft bzw. deren negative budgetäre Folgen vorgebracht (Europäische Kommission (2007): 66). Kurzfristig können jedoch die öffentlichen Budgets nicht unabhängig von der Konjunktur konsolidiert werden. Der originale SWP musste aufgrund der Ignoranz Deutschlands und Frankreichs (EuGH, Rs. C-27/04, Slg. 2004, I-6649) diesen zu befolgen, reformiert werden. Mit der darauf folgenden SWP Reform, wurde der konjunkturellen Dimension mehr Achtung geschenkt. Ob nun der reformierte SWP die kommenden keynesianischen Jahre überleben wird, ist jedoch weiterhin eine brisante Frage.

Ein weiterer wichtiger EU relevanter Bereich in Bezug auf die vorliegende Finanzkrise und Konjunkturschwäche ist die Kapitalverkehrsfreiheit. Als einer der Grundpfeiler des Binnenmarktes wurde sie sowohl von der Kommission als auch vom EuGH sehr breit ausgelegt. Demnach sind nicht nur Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten, sondern auch zwischen Mitgliedsstaaten und dritten Ländern verboten (Art 56 EGV). Dies ist eine der zentralen Rechtsgrundlagen der internationalen Kapitalmobilität und somit teilverantwortlich für die Verstrickung des europäischen Finanzmarktes in die US-amerikanische Immobili-

enblase. Ganz allgemein hat diese Regelung „Finanzmarktinnovationen“ gefördert, die durch Spekulationen den internationalen Finanzmarkt in ein Casino verwandelt haben. Beschränkungen dieser Freiheit sind nach EGV sehr eng gefasst. Demnach können Mitgliedsstaaten Maßnahmen ergreifen, „die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind“ (Art 58 Abs 1 lit b EGV). Diese „Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs (...) darstellen“ (Art 58 Abs 3 EGV). Der EuGH hat dazu festgestellt, dass das Bankensystem nicht im Allgemeininteresse ist und dass die Kapitalverkehrsfreiheit in diesem Sektor daher nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung gerechtfertigt werden kann (EuGH, Rs C-463/00, Slg. 2003, I-4581 Rn 70). Insofern ist abzuwarten, wie die Kommission bzw. später der EuGH die Staatsbeteiligung an der Commerzbank beurteilen wird. Mittelfristig ist jedoch abzusehen, dass zumindest in der Vollziehung der Europäischen Union ein Wandel zu erfolgen hat.

Aktuell beschränkt sich die Diskussion weiterhin auf die beihilfenrechtliche Dimension der Finanzkrise. Auf Basis der Artikel 87-89 EGV hat die Kommission ein vorläufiges Rahmenwerk verfasst, das die beihilfenrechtlich adäquate Vorgehensweise bei Rettungs- bzw. Konjunkturpaketen beschreibt. Zur Gewährleistung der Kreditvergabe an Unternehmen und Beseitigung ihrer Liquiditätsprobleme dürfen Mitgliedsstaaten eine Pauschalsumme von bis zu EUR 500.000 pro Unternehmen vergeben, und deren Finanzierungskonditionen erleichtern. Weiters hat die Kommission die Grenzen Risikokapitalbeteiligungen der Mitgliedsstaaten bei KMUs erhöht und die Bedingungen für Exportkredite gelockert (Europäische Kommission (2008b): 1). Insgesamt scheinen jedoch der Umfang und die Art der Unterstützungen der Privatwirtschaft wesentlich bescheidener auszufallen als in den USA.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Kapitalverkehrsfreiheit sind zwei Themengebiete, die bisher in Bezug auf die Finanzkrise nur sekundär angesprochen wurden. Dies ist bedauerlich, denn die Kapitalverkehrsfreiheit hat 1994 den Grundstein für die Ausartung der Finanzmarktinstrumente gelegt, deren Kosten nun die gesamte Gesellschaft bzw. die öffentliche Hand zu tragen hat. Ihr Handlungsspielraum ist jedoch aufgrund des SWP beschränkt. Eine systematische Betrachtung dieser Finanzkrise und der Rolle der EU muss daher diese beiden Aspekte einbeziehen.. Falls die Krise selbst europapolitische

AkteurInnen nicht zu einem Umdenken bewegen kann, ist auch von der EU keine adäquate Maßnahme zur Bekämpfung zu erwarten. Dass dies die Legitimation der EU weiter schwächen könnte, ist einsichtig.

Bert Azizoglu studiert Volkswirtschaft und Wirtschaft und Recht an der WU

Literatur:

- EuGH**, Rs C-367/98, Kommission/Portugal, Goldene Aktien Portugal, Slg. 2002, I-4731
EuGH, Rs C-463/00, Kommission/Spanien, Goldene Aktien Spanien, Slg. 2003, I-4581
EuGH, Rs. C-27/04, Kommission/Rat, Stabilitäts- und Wachstumspakt, Slg. 2004, I-6649
EuGH, verbundene Rs. C-282/04 und Rs. 283/04, Kommission/Niederlande, Slg. 2006, I-9141
- Europäische Kommission** (2005), Special rights in privatised companies in the enlarged Union – a decade full of developments, Arbeitsdokument der Kommission, 22. Juli 2005
- Europäische Kommission** (2007), Public Finances in EMU, European Economy, No.03/2007, Brüssel
- Europäische Kommission** (2008), Freier Kapitalverkehr: Kommission fordert Polen zur Abschaffung der Anlagebeschränkungen für offene Pensionsfonds auf, Pressemeldung IP-08-1359, Brüssel, 18. September 2008
- Europäische Kommission** (2008b), State aid: Commission adopts temporary framework for Member States to tackle effects of credit squeeze on real economy – frequently asked questions, Memorandum MEMO/08/795, Brüssel, 17. Dezember 2008
- Europäische Kommission** (2009), Länderspezifische Prozeduren des Stabilitäts- und Wachstumspaktes http://ec.europa.eu/economy_finance/sg_pact_fiscal_policy/excessive_deficit9109_en.htm [letzter Zugriff am 17. Januar 2009]
- Krugman**, P. (2008), European crass warfare, The New York Times, http://www.nytimes.com/2008/12/15/opinion/15krugman.html?_r=1 15. Dezember 2008, [letzter Zugriff am 19. Januar 2009]
- McCreevy**, C. (2008), The Financial Turmoil - The role of the EU-Commission, Speech at the The Centre for European Policy Studies (CEPS) Breakfast Meeting, SPEECH/08/370, Brüssel, 3. Juli 2008

Mit Keynes gegen die Krise

Die Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise lassen eine Rückkehr zur keynesianischen, antizyklischen Wirtschaftspolitik vermuten. Die verschiedenen Volkswirtschaften reagieren dabei in ähnlicher Art und Weise.

Von Johannes Hartlieb

Maßnahmen gegen die Krise – der Blick nach Österreich

Wenden wir uns zu Beginn der österreichischen Situation zu. Der Wahlkampf zur Nationalratswahl am 28. September 2008 war noch von Maßnahmen gegen die steigende Inflation gekennzeichnet, die aufkeimende Wirtschaftskrise spielte kaum eine Rolle. Völlig gegensätzlich liest sich jedoch das Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode. Die österreichische Bundesregierung versucht die Auswirkungen der Krise auf die Finanzmärkte, sowie speziell auf die Realwirtschaft, so gering wie möglich zu halten. Bisher haben sich die Maßnahmen im Wesentlichen auf ein Bankenpaket sowie zwei Konjunkturpakete beschränkt.

Im so genannten Konjunkturpaket I, auch Mittelstandsmilliarde genannt, werden vor allem die Förderungen an Unternehmen erhöht, sowie die Mikrofinanzierung von Einpersonenernehmen und Kleinstbetrieben verbessert. Diese Kredite werden zinsbegünstigt vergeben und bewegen sich in der Größenordnung zwischen 10.000 und 30.000 Euro. Auch die Haftungsübernahmen für Kredite, speziell für Klein- und Mittelbetriebe, werden um insgesamt 400 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Darüber hinaus stehen 80 Millionen Euro an Eigenkapitalaufstockung in Form von stillen Beteiligungen zur Verfügung (vgl. BMWA 2008). Insgesamt kann konstatiert werden, dass dieses Konjunkturpaket in erster Linie Klein- und Mittelbetrieben, dem so genannten Mittelstand, zu Gute kommt.

Am 23. Dezember 2008 hat die österreichische Bundesregierung zusätzlich das Konjunkturpaket II beschlossen. Dafür sollen in den nächsten beiden Jahren insgesamt 2 Milliarden Euro investiert werden. 875 Millionen Euro werden in die Bauwirtschaft investiert, vor allem der Neubau und die Sanierung von

Infrastruktureinrichtungen wie Bahnhöfen sollen dabei ins Auge gefasst werden (vgl. BMWA 2008). Was den privaten Hausbau betrifft, so wird vor allem die thermische Sanierung gefördert, womit gleichzeitig dem Umweltaspekt Rechnung getragen wird. Zusätzlich soll die vorzeitige, degressive Abschreibung Betriebe zum Vorziehen von Investitionen bewegen.

Während die Konjunkturpakete die angeschlagene Realwirtschaft stimulieren sollen, stabilisiert das Bankenpaket den österreichischen Finanzmarkt und schützt die Spareinlagen. Es wurde am 10. Dezember von der europäischen Kommission genehmigt und umfasst vor allem die Kapitalstärkung einzelner Institute sowie die Einlagensicherung. Für die Stärkung der Eigenkapitalausstattung der heimischen Finanzinstitute stehen insgesamt 15 Milliarden Euro bereit. Der Bund erwirbt Gesellschaftsanteile, kann allerdings auch Haftungen für ausfallsgefährdete Kredite und Veranlagungen übernehmen (vgl. BMF 2008).

Die Einlagensicherung umfasst die gänzliche Sicherung des Sparvolumens natürlicher Personen. Für diese Maßnahme besteht eine Befristung bis zum 31.12.2009 und wird dann mit 100.000 Euro begrenzt. Klein- und Mittelbetrieben wurde eine Einlagensicherung von bis zu 50.000 Euro zugesichert. Dafür stehen bis zu 10 Milliarden Euro zur Verfügung (vgl. BMF 2008).

Ähnliche Maßnahmen auch in anderen europäischen Ländern

Wenden wir uns nun anderen europäischen Ländern zu. Die deutsche Bundesregierung hat verschiedene Maßnahmen lanciert, um die Krise abzufedern. Es werden zum Beispiel die privaten Haushalte mit einem reduzierten Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung

entlastet, um den Konsum zu beleben. Darüber hinaus wird das staatliche Investitionsvolumen insgesamt auf 32 Mrd. Euro in den nächsten beiden Jahren ausgeweitet (vgl. BMWi 2008). Ähnlich wie in Österreich wird ab 1.1.2009 die degressive Abschreibung eingeführt, womit Investitionen vorgezogen werden sollen. Für Klein- und Mittelbetriebe wird es Sonderabschreibungen geben, Gebäudesanierungen sollen vorgezogen werden, dabei wird versucht durch Bedachtnahme auf thermische Erneuerungen gleichzeitig dem Umweltziel gerecht zu werden (BMF 2008). Was die Investitionen betrifft, so werden auch hier gezielt notwendige Infrastrukturprojekte in Angriff genommen. Automobile, die bestimmten Schadstoffrichtlinien entsprechen (Euro-5/6-Norm), werden für zwei Jahre von der Kraftfahrzeugsteuer befreit.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich das österreichische und das deutsche Maßnahmenpaket in ihren Grundprinzipien entsprechen. Vorrangig werden dabei expansive Fiskalpolitik und punktuelle Entlastungen der privaten Haushalte verwirklicht. Darüber hinaus versuchen die Verantwortlichen, für eine Verringerung der CO₂-Emissionen zu sorgen, wie man an der Förderung der thermischen Sanierung in beiden Ländern sieht.

Auch im übrigen Europa werden expansive Maßnahmen gesetzt. In Frankreich wurden spezielle Maßnahmen zu Sicherung der Automobilindustrie gesetzt, wobei das Volumen hier 1,5 Mrd. Euro beträgt. Interessant an der Regelung ist, dass die Finanzierungshilfen mit einer Forderung verbunden sind, wonach französische Automobilfirmen ihre Produktion nicht ins Ausland verlagern dürfen (vgl. WKÖ 2008). Die Britische Regierung steuert der Krise mit einem Konjunkturpaket im Ausmaß von 20 Mrd. Pfund entgegen, was circa 1 % der gesamten Wirtschaftsleistung

entspricht. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Senkung der Mehrwertsteuer bis Ende 2009 von 17,5 auf 15 %, um den privaten Konsum anzukurbeln. Außerdem soll der Bau und die Sanierung von Autobahnen, Sozialwohnungen und Schulen mit einem Volumen von 3 Mrd. Pfund angekurbelt werden (vgl. WKÖ 2008).

Die Vereinigten Staaten im Bann der Krise

Die Vereinigten Staaten von Amerika investieren insgesamt 700 Mrd. US-Dollar in den Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Das Paket wurde im November vom Senat beschlossen. Dabei sollen vor allem die maroden Finanzinstitute gestützt werden (vgl. Financial Times Deutschland 2008). Als weitere Maßnahme hat die Regierung im Dezember einem Finanzierungsprogramm für die Automobilkonzerne General Motors und Chrysler im Ausmaß von 17,4 Mrd. US-Dollar zugestimmt. Für beide Konzerne soll demnach eine Finanzspritze von jeweils 4 Mrd. US-Dollar gewährleistet werden. General Motors sollen im Laufe der nächsten zwei Monate weitere 9,4 Mrd. US-Dollar zugesichert werden. Wird die wirtschaftliche Lebensfähigkeit¹ bis Ende März 2009 nicht erreicht, so müssen die Beträge zurückgezahlt werden (vgl. WKÖ 2008). Dabei müssen die Konzerne jedoch Auflagen erfüllen, unter anderem die Reduktion der ManagerInnenbezüge. Auch ein Standortwechsel ins Ausland soll verhindert werden, ähnlich dem Schema der französischen Politik. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf das kurzfristige Überleben der Branche gelegt. Die neue US-Regierung, die ab 20. Jänner 2009 ihre Arbeit aufnimmt, hat bereits weitere expansive Maßnahmen zur Existenzsicherung großer Automobilkonzerne angekündigt (vgl. WKÖ 2008).

Wirtschaftspolitische Empfehlungen und mögliche Probleme

Es herrscht Konsens darüber, dass die Konjunkturpakete krisenhemmend wirken. (vgl. Alesina/Tabellini 2008: 1 und Gürkaynak 2008: 1). Auch die OECD stimmt dieser Auffassung zu (vgl. OECD 2008: 13, 52). Somit scheint es eine weitgehende Übereinstim-

mung bezüglich dieser Frage zu geben. Dabei liegt hier jedoch der Fokus ganz klar auf kurzfristigen, vorübergehenden Maßnahmen. Bei den Konjunkturprogrammen liegt daher die Empfehlung auf dem Vorziehen von ohnehin bald fälligen Infrastrukturprogrammen, wie es in den beiden österreichischen Konjunkturpaketen veranschlagt ist.

Speziell was expansive Fiskalpolitik betrifft, so ist die Wirkung des Multiplikators zu beachten, der mit einer hohen Wahrscheinlichkeit bei 1 beziehungsweise sogar darüber liegt (vgl. Mahfouz/Hemming/Kell 2002: 13). Somit bewirkt das Investitionsvolumen des Staates einen größeren wirtschaftlichen Stimulus. Dabei sollte aber die Bedeutung der automatischen Stabilisatoren nicht außer Acht gelassen werden. Sozialleistungen wie eine umfassende Arbeitslosenversicherung führen, bei der zu erwartenden Steigerung der Arbeitslosigkeit, automatisch zu expansiven Effekten (vgl. van den Noord 2000: 8).

Dabei wird es jedoch kaum möglich sein, die Krise national zu bewältigen, nicht einmal für sehr große Volkswirtschaften. Deshalb werden G20-Gipfel einberufen, um die fiskalpolitischen Maßnahmen und die Neuorientierung der Finanzmärkte gemeinsam zu beschließen. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass sich die Krise in jedem Land anders auswirkt. Identische Maßnahmen wären somit wenig zielführend, vielmehr sollten sie abgestimmt sein (vgl. Rodrik 2008: 1). Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass speziell die Maßnahmen der deutschen Bundesregierung aufgrund ihres geringen Volumens kritisiert werden.

Conclusio

Betrachtet man/frau die allgemeine wirtschaftspolitische Situation, so scheinen sich die Fehler der Weltwirtschaftskrise von 1929 nicht zu wiederholen. Damals wurden prozyklische Maßnahmen getätigt, um den Staatshaushalt stabil zu halten. Bleibt zu hoffen, dass sich die heutigen Maßnahmen als krisentauglich erweisen.

Johannes Hartlieb studiert Bakkalaureat Volkswirtschaft an der WU

Fussnoten:

¹ Wirtschaftliche Lebensfähigkeit bezeichnet einen positiven Vermögens-Nettowert in Anbetracht aller jetzigen und zukünftigen Verpflichtungen.

Literatur:

Van den Noord, P. (2000): The size and role of automatic fiscal stabilizers in the 1990s and beyond. OECD Economic Department Working Papers No. 230.

Hemming, R./Kell, M./Mahfouz, S. (2002): The effectiveness of fiscal policy in stimulating economic activity – a review of the literature. IMF Working Paper 02/208.

Alesina, A./Tabellini, G. (2008): Quick action for the real economy; sober reflection for financial regulation. In: Eichengreen, B./Baldwin, R. (2008): What G20 leaders must do to stabilise our economy and fix the financial system. Centre for Economic Policy Research, London 2008.

Gürkaynak, R. S. (2008): Coordinated responses versus identical responses. In: Eichengreen, B./Baldwin, R. (2008): What G20 leaders must do to stabilise our economy and fix the financial system. Centre for Economic Policy Research, London 2008.

Rodrik, D. (2008): Making international finance safe for the world economy . not the other way around: What should the G20 communiqué say? In: Eichengreen, B./Baldwin, R. (2008): What G20 leaders must do to stabilise our economy and fix the financial system. Centre for Economic Policy Research, London 2008.

B./Baldwin, R. (2008): What G20 leaders must do to stabilise our economy and fix the financial system. Centre for Economic Policy Research, London 2008.

OECD Economic Outlook (2008) No. 84
Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode (2008)

www.bmwa.gv.at

www.bmf.gv.at

www.bmwi.de

www.bmf.de

www.wko.at

www.ftd.de

Ökonomie und Wissen(schaft)

Beinahe jeder volkswirtschaftliche Versuch soziale Kohäsion individueller AkteurInnen systematisch zu begründen, fußt auf Annahmen des Wissens. Wohingegen unzählige ÖkonomInnen Fragen des individuellen Wissens gekonnt umschiffen, setzt die Theorie Friedrich August von Hayeks ebendort an, jedoch ohne durchgehende Konsistenz zu erreichen.

Von Thomas Jungbauer

Das oftmals und vielerorts strapazierte „Wissen“ floss in vielschichtiger Art und Weise in die Geschichte der Volkswirtschaftslehre ein. Wenn wir uns mit dem Begriff analytisch auseinandersetzen möchten, ist vorab dessen Ambiguität im Zuge seiner ökonomietheoretischen Verwendung zu beachten. Einerseits bezeichnet Wissen, hier als Metawissen bezeichnet, jene Kenntnisse über gesamt- und einzelwirtschaftliche Vorgänge, welche die wissenschaftliche Analyse generiert und im Laufe der Zeit akkumuliert.¹ Dem ist die individualistische Wissenskomponente gegenüberzustellen, jenes Wissen, dass einzelne Individuen besitzen und welches als eine Art Potentialfaktor in den Marktprozess Eingang findet. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Analyse der zuletzt genannten Interpretation des Wissensbegriffs.

Wenn wir der Einfachheit halber das Ziel der Ökonomie als Beantwortung der Hobbeschen Frage nach sozialer Kohäsion in einer Welt unabhängiger isolierter AkteurInnen determinieren (vgl. z.B. Thomasberger 2002: 84ff), so liefert uns die Geschichte der Volkswirtschaftslehre und Politischen Ökonomie selten umfassende systemische Antworten, die nicht entweder auf einer eigenen Theorie oder a priori Annahmen des Wissens basieren. Nicht wenige VertreterInnen der klassischen als auch vor allem der neoklassischen Schule bedienten sich beinahe dogmatischer Annahmen um die entscheidenden Fragen des individuellen Wissens zu umschiffen. Beispielhaft sei hier David Ricardo angeführt: *„Es wäre für mich keine Antwort zu sagen, dass die Menschen die beste und billigste Art, ihre Geschäfte zu führen und ihre Schulden zu zahlen, nicht kennen, weil das eine Frage der Tatsachen, nicht einer der Wissenschaft ist und gegen jeden Satz der Volkswirtschaftslehre ins Treffen geführt werden könne“* (Ricardo 1952: 64, freie Übersetzung). Jedoch verabsäumte

es auch die Heterodoxie zumeist, wissenschaftlich fundiert und argumentativ die nebulösen Annahmen der Gleichgewichtstheorie über Aneignung und Verteilung des Wissens zu widerlegen. Der zeitgenössische britische Ökonom Hodgson meinte etwa, dass „in der Theorie der rationalen Erwartungen fälschlicherweise angenommen werde, dass Information eindeutig sei und somit direkt mit Bayesianischer Theorie analysiert werden könne“ (Hodgson 1997: 675, freie Übersetzung). So fühlt sich die/der aufmerksame LeserIn beim Studium der ökonomischen Theorie des Wissens, der simplifizierenden Annahmen der Mainstream Ökonomie und ihrer nicht minder dogmatischen Widerlegung durch heterodoxe TheoretikerInnen, des Öfteren geneigt, sich eher in einer Welt der „Doxa“ als in der epistemischen Theorie zu wähnen.

Wissen bei Hayek

Ein ungleich umfassenderes theoretisches Wissensfundament für die ökonomische Theorie bieten die Schriften des österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek (z. B. Hayek 1937, 1945, 1968). Ihm zufolge nehmen die Wissensteilung in der Gesellschaft und deren Implikationen keinen geringeren, ja einen beinahe überlegenen Stellenwert gegenüber der in der Theoriegeschichte weit mehr beachteten Arbeitsteilung ein, sie bilden gleichsam deren Ursprung. In der Hayekischen Theorie stellt das Wissen der Einzelnen gleichsam die Grundlage ihrer Handlungen dar. Hayek ist zwar weit davon entfernt die Gleichgewichtstheorie der Neoklassik fundamental abzulehnen, jedoch begreift er sie als unzureichend und vielmehr als Werkzeug oder theoretischen Ansatz, der um die richtigen Fragen und Annahmen erweitert werden müsse. Es widerstrebt ihm zu akzeptieren, dass die Gleichgewichtstheorie unter vereinfach-

enden Axiomen, die seinem Verständnis nach bedeutenden Fragen außen vor lässt, um in ihrem Ergebnis schlicht die zuvor getroffenen Annahmen zu repräsentieren. Vor allem zuwider ist ihm auch das allgemein überlegene Verständnis des akademischen Wissens zu Ungunsten des praktischen. Gemäß Hayek repräsentieren akademische Theorien eher ein Sammelsurium universalen, um nicht zu sagen monothetischer, Aussagen, die keineswegs über jede Art des praktischen oder angewandten Wissens erhaben sind. Der Erwerb des für die Praxis relevanten Wissens bedeutet für Hayek stets Lernen durch Erfahrung, auch wenn er den zu Grunde liegenden Prozess nicht systematisieren kann. Weder kann alles praktische Wissen der Individuen zentral erfasst werden (vgl. z.B. Hayek 1988), noch ist es möglich, eine Theorie zu erschaffen, gewissermaßen zu kodifizieren, die jegliches subjektive Wissen seiner Notwendigkeit beraubt.

Besonderes Augenmerk wird in der Hayekischen Theorie der Äquivokation des Begriffs „Datum“ geschenkt, dessen Fehlinterpretation ihm folgend zu massiven Trugschlüssen in der Theoriebildung führt. Er verweist auf die Wichtigkeit der Trennung in objektive Daten, welche er analog der ursprünglichen semantischen Bedeutung des Wortes als „gegeben“ versteht, und subjektive Daten, welche nur der/dem Einzelnen bekannt sind. Diese beinhalten sämtliches individuelles Wissen, idiosynkratische Fähigkeiten und die Erwartungen des Subjekts hinsichtlich objektiver Tatsachen sowie der Handlungen anderer. Hayek war von der Bedeutsamkeit der Voraussicht, dem Grad der Übereinstimmung der Erwartungen mit der Realität, für die Wirtschaftstheorie beseelt, sowie von dem Gedanken, dass die übrige ÖkonomInnengemeinschaft seine Überzeugung teile: *„Alles in allem scheinen wir an einem Punkt*

angelangt zu sein, an dem wir alle erkennen, dass dem Begriff dieses Gleichgewichts selbst nur ein bestimmter und klarer Inhalt gegeben werden kann, sofern wir ihn durch Annahmen über die Voraussicht ausdrücken, wenn wir vielleicht auch noch nicht alle einer Meinung sind, welches diese wesentlichen Annahmen sind“ (Hayek 1937: 34). Auf Basis der subjektiven Daten formen Individuen ihre wirtschaftlichen Pläne, welche sie folglich in die Tat umzusetzen versuchen. Erweisen sich nun die singulären Erwartungen als richtig, so ist soziale Kohäsion möglich und die wirtschaftstreibende Gesellschaft befindet sich im Gleichgewicht.²

Das Gesetz der großen Zahl

In einer Fußnote der Februar-Ausgabe der *Economica* unterläuft Hayek 1937 jedoch ein folgenschwerer Fauxpas: „Es ist eine interessante Frage, die ich aber hier nicht besprechen kann, ob damit wir von Gleichgewicht sprechen können, wirklich jedes einzelne Individuum Recht haben muss, oder ob es nicht genügen würde, wenn als Folge einer Kompensation der Irrtümer nach verschiedenen Richtungen die Mengen der verschiedenen Güter, die auf den Markt kommen, dieselben wären, als wenn jedes Individuum recht hätte. Mir scheint es, dass Gleichgewicht im strengen Sinn es erfordern würde, dass die erste Bedingung erfüllt, aber ich kann mir vorstellen, dass ein weiterer Begriff, der nur die zweite Bedingung erfordert, gelegentlich von Nutzen sein könnte“ (Hayek 1937: 43).

Er verkennt die Relevanz der von ihm selbst eingebrachten Fragestellung für die Konsistenz und Anwendbarkeit seiner Theorie und übergeht sie schlicht mit eben jener Fußnote. Hayeks eigener „Fatal Conceit“ besteht darin, dass sein dynamisches Gleichgewicht erster Art, für dessen Eintreten die Richtigkeit aller singulären Erwartungen eine Notwendigkeit darstellt, seinen eigenen Ausführungen zu Folge nicht möglich ist, denn eine Welt der rationalen Erwartungen und allwissenden Individuen, eben jene Annahme der Neoklassik, welche nötig ist um das Wissensproblem zu umschiffen, negiert er vehement (vgl. z. B. Hayek 1937: 34ff). Der Hayekschen Theorie folgend dürfen Menschen einerseits Fehler begehen, andererseits ist ebenfalls nicht gesichert, dass sie über alle für ihre Entscheidungen relevanten Daten verfügen. Die Möglichkeit der Existenz eines Gleichgewichts erster Art lässt sich also mit Hayeks eigener Argumentation widerlegen. Das potentielle zu Stande kommen eines Optimums³ ist jedoch für die Überlegenheit seiner Marktordnung, beziehungsweise Ka-

tallaxie, wie er sie zu nennen pflegt (Hayek 1968: 6), des Wettbewerbs als immerwährendes Entdeckungsverfahren (Hayek 1968) zwingend nötig.

Ist aus eben erörterten Gründen die Existenz eines Gleichgewichts erster Art zu verneinen, so stellt sich unweigerlich die Frage, ob durch ein Gleichgewicht einander kompensierender Irrtümer die Konsistenz der Hayekschen Theorie bewahrt werden könne. Es erscheint dem Autor des vorliegenden Aufsatzes aus wahrscheinlichkeitstheoretischen Aspekten eher unplausibel, dass das mathematische Gesetz der großen Zahl auf Hayeks dynamisches Gleichgewicht zweiter Art anzuwenden ist. Dieses Gesetz besagt nichts anderes als dass, gegeben eine hinreichend große Zahl an Beobachtungen, der Mittelwert einem Limiten entgegenstrebt, gewissermaßen über ihm kollabiert.

Selbst unter der Annahme, die Anzahl der geschäftstreibenden Subjekte einer homogenen Branche sei groß genug, so ist dennoch zu statuieren, dass diese mathematische Regel bisweilen nur für verschiedene Ausprägungen ein und desselben beobachtbaren Ereignisses nachgewiesen ist. Da die Pläne der Einzelnen in der Hayekschen Theorie jedoch nicht nur auf den Erwartungen hinsichtlich objektiver Daten, also einheitlicher beobachtbarer Phänomene, sondern vor allem auch auf jenen hinsichtlich der Handlungen der Übrigen, welche wiederum auf subjektiven Erwartungen beruhen, fußen, kann man/frau aufgrund der Existenz dieser maßgeblichen Interdependenzen nicht mehr von unterschiedlichen Ausprägungen singulärer Ereignisse sprechen. Die mathematisch analytische Untersuchung der Gültigkeit des Gesetzes der großen Zahl gemäß der Hayekschen Interpretation, obgleich unwahrscheinlich, dennoch eine interessante Frage, geht sowohl über Grenzen als auch Umfang des vorliegenden Aufsatzes weit hinaus.

Der Autor möchte sich aber verpflichten, diesen Nachweis zukünftig zu erbringen und abschließend die LeserInnen bitten, die Kritik an einem zentralen Aspekt der Hayekschen Theorie nicht als generelle Abwertung zu verstehen, da seiner Meinung nach Friedrich August von Hayeks dynamischer Ansatz aus der Perspektive des Wissens einen Aufbruch verkrusteter statischer Theorien darstellt.

Thomas Jungbauer studiert Volkswirtschaft an der WU

Fussnoten:

¹ Die Analyse dieses „Metawissens“ wäre wohl auch als eine Art Metawissenschaft zu betrachten. Ich möchte hier die Frage in den Raum stellen, ob die Untersuchung der Wissenschaft beziehungsweise der Methodik selbst noch Gegenstand der Ökonomie ist.

² Um Hayek sinngemäß exakt wiederzugeben müsste man von einer Tendenz zum Gleichgewicht sprechen, da die dynamische Betrachtungsweise Hayeks einer sich kontinuierlich verändernden Welt kein statisches Gleichgewicht im Sinne der Walrasianischen Theorie kennt.

³ Dabei handelt es sich nicht um ein Optimum gemäß dem Verständnis der Pareto-Effizienz, sondern um ein dynamisches Gleichgewicht im Sinne der Hayekschen Theorie, welches immer dann auftritt, wenn die Pläne der Einzelnen derart korrespondieren, dass die Gesamtheit aller Vorhaben als ein kompakter Plan aufgefasst werden kann.

Literatur:

Hayek, F. A. v. (1988): *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*, Chicago: University of Chicago Press.

Hayek, F. A. v. (1968): *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, in: *Kieler Vorträge*, N. F., 56, Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

Hayek, F. A. v. (1945): *The Use of Knowledge in Society*, in: *The American Economic Review*, Vol. 35, 4, S. 519 – 530.

Hayek, F. A. v. (1937): *Economics and Knowledge*, in: *Economica*, New Series, Vol. 4, 13, S. 33 – 54.

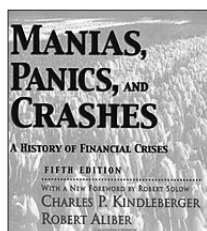
Hodgson, G. M. (1997): *The Ubiquity of Habits and Rules*, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 21, 6, S. 663 – 684.

Ricardo, D. (1952): *Ricardo to Malthus, 22 October 1811*, in *Ricardo, David: Works of David Ricardo*, Vol. 6, S. 63ff, Cambridge: Cambridge University Press.

Thomasberger, C. (2002): *Menschliches Handeln und marktwirtschaftliche Strukturen – Traditionelle Neoklassik, ökonomischer Ansatz und sozioökonomische Gegenbewegungen*, in: *Ökonomik und Sozialwissenschaft*, Ötsch, Walter (Hrsg.), S. 81 -118, Marburg: Metropolis Verlag.

Manias, Panics, and Crashes. A History of Financial Crises.

Kindleberger, Charles Poor und Aliber, Robert, John Wiley & Sons, Hoboken NJ, 2005, 5. Aufl.



Nicht ohne Grund führt Wiley dieses Buch – seit 1978 mittlerweile in der 5. Auflage erschienen – als Klassiker. Der Kommentar Paul Samuelsons zur Abhandlung von Charles P. Kindleberger über Finanzkrisen spricht jedenfalls Bände, wonach das Nicht-Lesen dieses Buches eine/n dazu verleiten kann, sich für dieses Versäumnis sinngemäß selbst in den Hintern beißen zu wollen (sic!). Kindleberger unternimmt eine relativ kompakte ‚tour d’horizon‘ der Tulpenmanie des Jahres 1636 bis hin zur 2000er dot.com-Blase. Dabei bedient er sich einer sehr eloquenten und erfreulich lesbaren Ausdrucksweise. Dennoch handelt es sich hierbei um kein oberflächliches Werk: Ein knapp 50-seitiger Anhang bei insgesamt gut 350 Seiten lässt dies erahnen. Als Rahmen für die Behandlung einer Vielzahl von verschiedenen Finanzkrisen dient dem Autor folgendes Schema: Am Anfang steht in der Regel ein positiver exogener Schock, der zum Auslösen und Entstehen eines Booms führt. Im Zuge des steigenden Optimismus und einer Ausweitung der Kreditgewährung

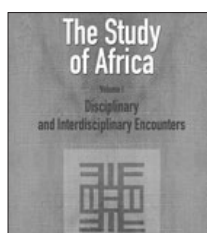
wird Spekulation gefördert. Durch Herdentrieb-Effekte und sukzessive Preisanstiege beginnt die destabilisierende Wirkung von Spekulation zu dominieren – Stichwort: ‚irrational exuberance‘. Dieser Verlauf führt in die Phase der Euphorie, bei welcher das Massenphänomen dieser Tendenz am deutlichsten hervortritt – LeBon und MacKay lassen grüßen. Das fröhliche Treiben findet grundsätzlich eine jähes Ende, da der sprichwörtliche Traum nicht sanft ausklingt, sondern – wie Kindleberger trefflich umschreibt – wie ein mit einer Nadel traktierter Ballon zerplatzt. Womit durch entsprechende Massenverkäufe das letzte Stadium erreicht wäre: die Panik. Kindleberger bezieht sich im Vorfeld seiner Abhandlung auf die Taxonomie von Minsky, wonach die obigen Phasen einer Krise mit drei Finanzierungstypen in Verbindung gebracht werden können. Entscheidend dabei ist das Verhältnis von laufendem Einkommen zur Höhe der Kreditraten bzw. -zinsen der einzelnen AkteurInnen. Kann zu Beginn sowohl die Zins- als auch Tilgungslast getragen werden, ändert sich das bis kurz vor Platzen der Blase und es kommt zur Dominanz von ‚Ponzi-Schemen‘. Speziell in der finalen Panik treten nicht selten halbseidene und betrügerische Machenschaften ans Tageslicht,

wonach selbst das Wirken von Bernard L. Madoff oder vielmehr dessen Wirkung als erwartbar bezeichnet werden kann. Besonders aufschlussreich sind auch zwei Kapitel, die sich mit der Rolle der Zentralbanken als ‚lenders of last resort‘ im Falle derartiger Krisen beschäftigen. Dabei wird ersichtlich, dass die zeitgerechte und ausreichend dosierte Aktion mehr eine Kunst, denn eine Wissenschaft zu sein scheint. Dabei steht zwar außer Diskussion, dass die Zentralbanken ihr Instrumentarium zur Liquiditätserhöhung einsetzen sollen. Allerdings sollte für die anderen AkteurInnen unklar bleiben wann diese Schritte gesetzt werden, um ein gesamtwirtschaftlich fragwürdiges strategisches Verhalten zu unterbinden. In Zeiten von ‚too big to fail‘ wohl ein nicht unwesentlicher Gedanke.

Akos Kaszoni studiert Volkswirtschaft an der WU

The Study of Africa – Vol. 1: Disciplinary and Interdisciplinary Encounters

Paul Tiyambe Zeleza (Ed.), Dakar 2006: Council for the Development of Social Science Research in Africa



Am besten kann dieses Buch als eine kritische Bestandsaufnahme der Afrikanistik zusammengefasst werden. Die Ansprüche des Herausgebers – wie sie in der Einleitung beschrieben werden – sind sehr hoch. Zum einen sollen die Beiträge des Buches die verschiedenen Wissenschaftsbereiche der Afrikanistik als auch fächerübergreifende Untersuchungsgegenstände umfassen. Zum anderen soll sich das Buch nicht auf die Entwicklung der Afrikanistik in einer geographischen Region (z.B. Nordamerika, Europa, etc.) beschränken, d.h. es berücksichtigt die verschiedenen Denkschulen innerhalb der Disziplin. Die verschiedenen Beiträge erfüllen diese Ansprüche. Insgesamt wird auf 483 Seiten und in 19 Aufsätzen ein sehr interessanter Überblick über die Vielfalt der Afrikanistik gegeben. Hierdurch wird klar, dass die Afrikanistik nicht nur unterschiedliche Sozialwissenschaften umfasst, sondern

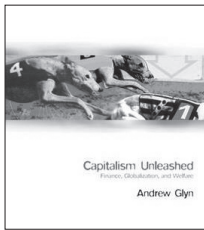
auch fächerübergreifende Ansätze benötigt. Obwohl für ÖkonomInnen die wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Inhalte wahrscheinlich am interessantesten sind, empfiehlt es sich auch die anderen Beiträge zu lesen. Fast alle Beiträge sind gut strukturiert und einfach zu lesen, sodass sie auch für Laien verständlich sind. Außerdem werden reichlich Anekdoten und Beispiele verwendet, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu veranschaulichen. Unabhängig davon, ob der Text sich mit Soziologie, Geographie oder Genderforschung beschäftigt, auffallend ist, dass die Afrikanistik immer vor dem gleichen Problem steht. Kurz gefasst resultiert dieses Problem aus der Tatsache, dass die jeweilige Wissenschaft in Europa bzw. in den USA entstanden ist. Dies bedeutet aber auch, dass die sozialen Probleme und Fragestellungen dieser Regionen die Wissenschaft prägen. Gleichzeitig bestimmen die ExpertInnen dieser Regionen die Methodik und die wissenschaftlichen Standards. Die Afrikanistik wird also auf zwei Ebenen herausgefordert. Einerseits ist ihr Forschungsthema wesent-

lich unterschiedlich zu dem des Nordens, da andere gesellschaftliche Voraussetzungen vorhanden sind. Andererseits muss sie bestehende Konzepte und Methoden anpassen oder sie neu erfinden. Vermutlich ist dieses Problem dementsprechend auch der Daseinszweck der Afrikanistik. Dieses Buch zeigt wie breit das Forschungsspektrum der Afrikanistik – einer Wissenschaft, die sich erst in den letzten fünfzig Jahren entwickelt hat – ist. Gleichzeitig kritisiert es aber auch den Universalitätsanspruch der (westlichen) Sozialwissenschaften.

Koen Smet ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung an der WU

Capitalism Unleashed – Finance, Globalization, and Welfare.

Andrew Glyn. Oxford University Press. 2005



Glyn's „Capitalism Unleashed“ bietet eine kritische und informative Bestandsaufnahme der ökonomischen Entwicklungen in den letzten vier Dekaden mit Fokus auf die industrialisierten Staaten und einige Schwellenländer. Schwerpunktmäßig behandelt er die Themen Finanzialisierung und Globalisierung sowie deren Auswirkungen auf die personale und funktionale Einkommensverteilung und Sozialstruktur. Zentral zur Erklärung der momentanen Verfasstheit des Kapitalismus ist für Glyn die „Neoklassische Konterrevolution“ in den 1970er und 80er Jahren, die den Fordismus ablöste. Glyn beschreibt die politische und ökonomische Stärke, welche die ArbeiterInnenklasse im Fordismus entwickeln konnte, mit entsprechend positiven Auswirkungen auf Lohnentwicklung und Sozialgesetzgebung bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung. Der Rückgang der Produktivität, steigende Ölpreise, weiter steigende Löhne, Profitklemme, eine „undisziplinierte“ ArbeiterInnenklasse, und eine geringere Nachfrage infolge der makoökonomischen

Unsicherheiten brachten den Fordismus ab Mitte der 1970er Jahre an seine Grenzen. Politische Forderungen mancher Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien, welche die Besitzverhältnisse in Frage zu stellen drohten, machten für die KapitalbesitzerInnen eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik unabdingbar. Diese erfolgreiche Umkehrung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen war gekennzeichnet durch restriktive Geld- und Fiskalpolitik, die mit einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit einherging, und Privatisierungen und Deregulierungen der Arbeitsmärkte, was die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen zusätzlich schwächte. Ausdruck dieser Machtverschiebung zuungunsten der ArbeiterInnen sind die seit drei Jahrzehnten stagnierenden realen Medianlöhne in den USA, und die seither ebenfalls schwache Lohnentwicklung in der (heutigen) EU und Japan. Einher ging diese Entwicklung mit dem politisch geförderten Aufstieg des Finanzsektors, der Shareholder Value-Orientierung des Managements und massiv steigenden Gehältern der CEO's, wodurch Einkommensungleichheiten weiter zunahmen. Ausführlich warnt Glyn vor den Gefahren dieser Entwicklung: „[C]urrent macroeconomic stability is highly vulnerable

to financial crisis.“ (S. 150) Weitere Kapitel widmen sich den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, dem Aufstieg und der neuen Rolle Chinas in der Weltwirtschaft, FDI's, dem US-Dollar und dem US-Außenhandelsdefizit, der Stagnation in Japan, sowie der globalen Produktivitätsentwicklung und Kapitalakkumulation. Glyn interessieren insbesondere auch die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf ArbeiterInnen und Niedrigqualifizierte. Dabei diskutiert er auch den verbliebenen Handlungsspielraum der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Beeinflussung der Lohnentwicklung, personalen Einkommensverteilung und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die Wohlfahrtssysteme im Zuge der Globalisierung nicht zu einem Modell des reduzierten Wohlfahrtsstaates konvergiert sind. Entsprechende Steuerungsmöglichkeiten der Politik sind demnach weiterhin vorhanden. Die Ausführungen Gylns sind übersichtlich, knapp, präzise, und mit zahlreichen Quellen und Daten unterlegt. Andrew Glyn unterrichtete Ökonomie an der Oxford University. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählten Wirtschaftspolitik, Politische Ökonomie und Arbeitslosigkeit.

Simon Sturm studierte Volkswirtschaft an der WU

Simon Sturm studierte Volkswirtschaft an der WU

momentum 09
Freiheit

22.-25. Oktober 2009
Hallstatt (A)

Den sozialen Fortschritt denken, auf wissenschaftlicher Grundlage konkrete Projekte entwickeln, die auf national-staatlicher Ebene umsetzbar sind und zur Entwicklung einer freieren Gesellschaft beitragen. Sie wollen mitdiskutieren?
www.momentum09.org

Der Kongress umfasst Themennetzwerke zu Freiheit in Gesellschaft, Finanz- und Sozialpolitik und richtet sich an WissenschaftlerInnen aller Forschungsbereiche.

Weitere Infos: www.momentum09.org

Luise Gubitzer im Gespräch

„Individueller Reichtum kann dazu führen, dass Menschen Angst haben arm zu werden“

Luise Gubitzer ist Professorin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie und seit kurzem Institutsleiterin. Im Interview erzählt sie uns unter anderem von problematischen Entwicklungen der Lehre an der WU, welche Bedeutung Demokratie für Wirtschaft und Gesellschaft hat und warum sie die Gedanken John Stuart Mills spannend findet.

Von Laura Mader und Pascal Hartmann

Was hat Sie dazu bewogen Volkswirtschaft an der WU zu studieren?

Ich bin auf dem Land unter anderem in einem Gasthaus aufgewachsen, in dem die Gäste viel politisierten. Um die Geschehnisse der Welt zu begreifen, habe ich sehr früh begonnen Zeitungen zu lesen. Wesentlich erschien mir dabei die Erschließung der Welt über die Wirtschaft. Nachdem ich mich über den Unterschied zwischen Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft informiert hatte, war mir auch schnell klar was ich studieren wollte.

Sie sprechen im Vorwort ihrer Habilitation sehr positiv über die frühere Offenheit des Diskurses an der WU. Hat sich hier etwas verändert?

Ich würde schon sagen, dass es zu einem Wandel im Sinne einer inhaltlichen Verengung gekommen ist. Damals hatte ich den Eindruck, dass die Lehrenden der VWL mehr Kontakt untereinander hatten, was man/frau anhand der guten Absprache der Lehrveranstaltungen gemerkt hat. Auch existierte über die verschiedenen VWL Institute hinweg so etwas wie ein gemeinsames Verständnis dafür, dass eine polit-ökonomisch orientierte VWL wichtig ist. Heute muss ein breites Verständnis eher erstritten werden. Außerdem war die VWL an der WU damals auf der einen Seite sehr international orientiert, andererseits hat man/frau aber mit dem Austrokeynesianismus auch die Wichtigkeit gesehen, sich mit den österreichischen Entwicklungen und dem österreichischen Denken auseinanderzusetzen.

Was wäre das erste Projekt, das Sie in Angriff nehmen würden, wären Sie Rektorin der WU?

Als erstes würde ich die Studieneingangsphase verändern. Mit deren Umorganisation und Einführung der Multiple Choice Prüfungen haben die WU und die VWL eine negative Änderung erfahren. Nach meiner Auffassung sollen die Studierenden selbst entscheiden können, ob sie hier „richtig“ sind. Dazu müsste die Studieneingangsphase enorm personalintensiv gestaltet werden. Die Studierenden sollten die Möglichkeit haben, diskursiv kennenzulernen, mit welchen Fragestellungen und Methoden man/frau sich hier beschäftigt. Ich bin der Meinung, dass wir, als Lehrende und Universität, junge Menschen viel wichtiger nehmen müssen, mit ihnen arbeiten sollen und ihre Fähigkeiten fördern sollen. Vor allem muss auf verschiedene Lernstile und -typen eingegangen werden. Auch in den Lehrveranstaltungen muss für jede und jeden etwas dabei sein. Die einen diskutieren, die anderen schreiben besser. Eine Studieneingangsphase muss jeder/m eine Chance geben. An der WU findet zurzeit eine negative Selektion statt. Personen, die gut Zusammenhänge erkennen, problematisieren und formulieren können, sind davon betroffen. Was hier mit den Studierenden gemacht wird, empfinde ich schon als tiefe Traurigkeit. Ich habe den Eindruck, dass es viele bewusste junge Menschen gibt, die an die WU kommen. Hier erwartet sie aber zunächst sehr viel Formales: Formales im Umgang. Während der Studieneingangsphase haben sie keinen Namen in den PIs sondern sie haben Nummern und fühlen sich so be-

handelt. Da erfolgt eine tiefe Kränkung. Aber auch Formales bei den Inhalten. Das hat wenig mit dem zu tun was sie interessiert und warum sie an die WU gekommen sind. Viele Studierende werden dadurch verunsichert und die Eigeninitiative geht verloren.

Wo liegen Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte?

Zurzeit liegt mein Hauptinteresse in der Ausarbeitung und Weiterentwicklung des 5-Sektoren Modells. Mir geht es darum, einen möglichst umfassenden Ansatz von Wirtschaft zu erlangen, immer verbunden mit einem feministischen Schwerpunkt - dafür bietet das 5 Sektoren Modell eine Basis. Relativ weit entwickelt sind dabei der Haushaltssektor, der For Profit und der öffentliche Sektor - für den sich ja zurzeit auch die Frage wieder neu stellt. Zukünftig würde ich mich gerne intensiver dem dritten und vor allem dem Illegalen-Kriminellen Sektor widmen. Übergeordnet interessiert mich immer die Verbindung zwischen Ökonomie und Politik, vor allem welche demokratiepolitischen Wirkungen wirtschaftliche Vorgänge haben. Dieses Interesse rührt aus meiner Hauptbesorgnis um die Demokratie. Denn für unsere zukünftige Entwicklung sehe ich die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten als entscheidend. Ungleiche Verteilung und die immer größere Individualisierung von eigener Sicherheit führen zu Egoismen, welche die Demokratie enorm gefährden können. Die Idee dahinter wurde schon im 18. und 19. Jahrhundert thematisiert: Individueller Reichtum kann dazu führen, dass Menschen Angst haben arm zu werden. Dadurch kön-

nen Reichtumssicherungsinteressen stark in den Vordergrund geraten, was dazu führt, dass bürgerliche Freiheitsrechte relativ leicht aufgegeben werden. Das ist auch der Grund warum mich der Illegale-Kriminelle Sektor so sehr interessiert. Welche Herausforderung ist dieser für den Staat? – er macht diesem unter Umständen das Gewaltmonopol strittig und andererseits auch: Wo tut der Staat mit und fördert den Ausbau dieses Sektors? Zentraler Punkt ist für mich die Entwicklung und die Freiheit von Frauen. Diese sind nur möglich, wenn es einen Staat gibt, der diese Rechte sichert, und wenn dieser Staat möglichst demokratisch ist. Das ist für mich ein ganz wesentliches Fundament. Mich interessieren jetzt auch Ansätze, die die Behebung der Folgen der Finanzkrise mit der ökologischen Krise kombinieren. Die Umweltbewegung war mir in gewisser Hinsicht immer zu wenig. Ein integrierter ökologischer Ansatz ist uns bis heute nicht gelungen.

Welche Momente / Höhepunkte in Ihrer wissenschaftlichen Laufbahn oder als Lehrende sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Da hat es viele gegeben. Zu den Höhepunkten meines wissenschaftlichen Werdegangs zählen das Projekt „Vernetzung und Widerspruch“ und das Modell „Neuzeit und die Stellung der Ökonomie“. Hochinteressant war für mich auch die Auseinandersetzung mit Genossenschaften, selbstverwaltenden Betrieben. Sehr faszinierend fand ich auch die Auseinandersetzung mit den utopischen SozialistInnen, wie z.B. Fourier – darin steckt soviel Phantasie. In diesen verschiedenen Forschungsgebieten und auch durch Auseinandersetzungen mit Frauen- und anderen NGOs, entstanden mit der Zeit sehr beglückende Zusammenarbeiten – auch mit den Studierenden hat das eigentlich nie aufgehört. Ganz intensiv war die Zusammenarbeit mit den TutorInnen im Rahmen des damaligen Proseminar der Mikro- und Makroökonomie.

Was erhoffen Sie sich für die Zukunft des Instituts der Heterodoxen Ökonomie?

Ich bin sehr zufrieden und jenen Personen dankbar, die sich dafür eingesetzt haben, dass das Institut so bestehen bleiben konnte. Das halte ich auch als Signal nach außen sehr wichtig. Ich denke, die Tatsache, dass es einen offiziellen Rahmen gibt, bestärkt auch Menschen von außerhalb über Ökonomie anders nachzudenken. Wir werden im Rahmen des Möglichen das unsere dazu beitragen.

Den Bedarf sehe ich auf jeden Fall gegeben. Der Punkt ist, dass wir uns nur so weit bewegen und organisieren können, als wir denken und uns darüber einigen. Dabei denke ich an J.S. Mill, der die Bedeutung hervorhob, dass es im Sozialen - und Ökonomie gehört dazu - nicht nur das Eine mögliche gibt, wie es vielleicht in den Naturwissenschaften der Fall ist. Erst diese „Beeinspruchung“ des Denkens sichert das ab und zeigt wo die Probleme liegen. Wir kommen nur zu einem Ergebnis mit einem Verständnis des Sozialen und des Menschseins. Das ist für mich ein ganz essentieller Punkt der mit unserem Institut, unserem Denken und der Heterodoxen Ökonomie verbunden ist.

Sehen Sie Möglichkeiten, dass die Queer Theory in die ökonomische Theorie einfließen könnte?

Womöglich werden wir noch Zeit brauchen, um alle Gruppen auch getrennt zu betrachten. Wir sind noch nicht so weit um uns aufzulösen in das „Mensch sein“. Dabei wäre es aber sehr wichtig, dass die verschiedenen Ansätze nicht gegenseitig ausgespielt werden und dass alle Ansätze - auch die queer theory - vertreten sind. Neben der Dekonstruktion von Geschlecht und sexueller Identität finde ich die Auseinandersetzung mit Normen und Machtformen - mit Kultur - in der queer theory wichtig. Wie auch in der feministischen Wissenschaftstheorie, macht sich meiner Ansicht nach in der Queer Theory oft ein Vokabular breit, das nicht einfach erschließbar ist. Um sie in der Ökonomie anwenden zu können, kostet es oft viel Zeit, nachzuvollziehen was gemeint ist.

Stellen Sie sich vor, ein geschlechtsloses außerirdisches Wesen landet auf der Erde. Wie würden Sie diesem ein Briefing über die Unterschiede und gesellschaftliche Stellung von Frau und Mann geben?

Zuerst würde ich mit ihm in einen Haushalt gehen, würde es beobachten lassen. Auch auf die Universität - sowohl in den Hörsaal, ins Rektorat, ins Institut - und es bei Sitzungen zuhören lassen. Ich würde es auch in eine Frauen NGO begleiten (z.B. WIDE) und ein Männernetzwerk beobachten lassen. Das würde glaube ich ausreichen.

Das Interview führten Laura Mader und Pascal Hartmann



Luise Gubitzer

Ihr Berufswunsch als Kind?
Lehrerin

Größtes Vorbild?
Ich würde eher von VordenkerInnen sprechen: Hannah Arendt und J.S. Mill

Was essen Sie zum Frühstück?
Unter der Woche im Büro ein Kipferl, am Wochenende Käsebrot und Saison Gemüse

Wie kommen Sie zur Arbeit?
Ich bin eine leidenschaftliche Fußgängerin, teilweise fahre ich auch mit der Straßenbahn

Was war ihre letzte Urlaubsdestination und wo würden Sie als nächstes hinfahren? Beides Griechenland

Stellen sie sich vor, sie würden auf einer einsamen Insel landen. Welche/n ÖkonomIn (lebendig oder tot) würden Sie sich aussuchen, um den Rest ihres Lebens zu diskutieren?
Joan Robinson

Wäre in einem Monat die Apokalypse, was würden Sie tun?
Einfach zusehen, was sich bis dahin tut. Genauso finde ich es - wenn auch tragisch - spannend in was für einer Zeit wir aufgrund der Geschehnisse auf den Finanzmärkten leben.

Veranstaltungskalender

Jänner

Wohin geht Kuba?

Podiumsdiskussion aus Anlass des 50. Jahrestags der Kubanischen Revolution
 Donnerstag, 29. Jänner, 18.30
 Albert-Schweitzer-Haus, Schwarzspanierstraße 13, 1090, Wien
 Infos unter: www.renner-institut.at
 Um Anmeldung wird gebeten: post@renner-institut.at

Februar

Freiheit für den Handel oder Nahrung für die Menschen?

Zum Assoziierungsabkommen EU und Zentralamerika
 Diskussion mit Yaira Minero (Rechtsexpertin für die Rechte der Frauen in Zentralamerika), Jesus Garza (Honduras) u. Franziskus Forster (AgrarAttac)
 Moderation: Ralf Leonhard
 Montag, 2. Februar, 17.00-20.00
 Versammlungsraum Tomaschek
 Schwarzenbergplatz 10/2/6, 1040 Wien
 Infos unter: www.fian.at/bericht.php?id=102

Kongress Solidarische Ökonomie

Workshops, Filme, Vorträge usw.
 Von Freitag 20. Februar bis Sonntag 22. Februar
 Wien BOKU, Peter Jordanstraße 82, 1180 Wien
 Infos unter: www.solidarische-oekonomie.at

Wiener Vorlesungen: Entwicklungen der Arbeitswelt

Vortrag mit Kathrin Röggl
 Mittwoch, 25. Februar, 19.00
 Wiener Rathaus, Festsaal, Feststiege 1
 Infos unter: www.wien.gv.at/kultur/abteilung/vorlesungen/termine.html

Europa vermitteln: Mit den BürgerInnen über Europa reden und die Vertragsgrundlagen der EU erklären können

Workshop zur Vertragsgrundlage der EU
 Freitag 6.- Samstag 7. März,
 Renner-Institut, Eingang Gartenhotel Altmannsdorf,
 Hoffingergasse 26, 1120 Wien

Attac Sommerakademie 2009

Mittwoch 15.- Sonntag 19. Juli
 Niederösterreich

2. Summer School on Keynesian Macroeconomics and European Economic Policies

2.-9. August in Berlin, siehe Seite 7 in dieser Ausgabe
 Infos unter: www.boeckler.de/pdf/v_2009_08_02-09_application.pdf

März - Oktober

Momentum 09

22.-25. Oktober in Hallstatt, siehe Seite 25 dieser Ausgabe
 Infos unter: www.momentum09.org